Sonnabend, 3. September 1932
Nr. 199. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Wochenend-ausgabe

Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Die neue Notverordnung:

Zerschlagung der ganzen Sozialgesetzgebung

Kurz vor Redaktionsschluß erfahren wir, daß die SPD-Presse den Entwurf einer Notverordnung über sozialpolitische Maßnahmen veröffentlicht, mit dem sich zur Stunde — am Freitag mittag — die Kabinettssitzung beschäftigt. Der Entwurf hat folgenden Wortlaut:

Die Reichsregierung wird ermächtigt, im Hinblick auf die gegenwärtige Not des deutschen Volkes zur Erleichterung von Wirtschaft und Finanzen, zur Vereinfachung und Verbilligung von sozialen Einrichtungen und zur Erhaltung und Vermehrung von Arbeitsgelegenheit

1. die Vorschriften über die öffentlich-rechtliche Versicherung für den Fall der Krankheit und des Unfalls der Arbeitslosigkeit, der Berufsunfähigkeit auf Invalidität zu ändern. Die Ermächtigung erstreckt sich insbesondere auf Umfang, Gegenstand und Träger der Versicherung, die äußere und innere Verfassung der Versicherungsträger und Versicherungsbehörden, das Verfahren und die Aufbringung der Mittel, die Verwaltung und Wirtschaftsführung. Die Ermächtigung gilt entsprechend für die Ersatzversicherung.
2. die Vorschriften über den äußeren Aufbau und die innere Verfassung, das Verfahren und den Geschäftsgang der Versorgungsbehörden (Gesetz über das Verfahren in Versorgungssachen § 2) zu ändern und Bestimmungen über die Wahrnehmung der Aufgaben dieser Behörden zu treffen.
3. die Vorschriften auf dem Gebiete der Arbeitsverfassung, des Arbeitsvertrages und der Arbeitsgerichtsbarkeit, des Tarifvertrages, des Schlichtungswesens und des Arbeiterschutzes zu ändern und einheitlich zusammenzufassen. Dabei sind insbesondere auch Aenderungen der behördlichen Einrichtungen und eine andere Verteilung der Aufgaben unter die Behörden zulässig.
4. auf dem Gebiete der Arbeitslosenhilfe und der öffentlichen Fürsorge, des Arbeitsmarktes, der Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung, der Arbeitsfürsorge und des Arbeitsdienstes die Maßnahmen zu treffen, die der Reichsregierung erforderlich scheinen und dabei Gesetzesvorschriften, die den bezeichneten Gebieten angehören, zu ändern, auch die Mitwirkung der Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlicher Körperschaften sicherzustellen. Sie kann ferner Vorschriften auf dem Gebiete des Mietrechtes und des Wohnungswesens erlassen und auf dem Gebiete des Bauwesens Grundsätze für die Bereitstellung und Verwendung des Bodens aufstellen und zu diesem Zwecke Vorschriften über Enteignung treffen.

•

Wird diese Verordnung vom Kabinett angenommen und damit „Gesetz", dann ist — darüber kann kein Zweifel bestehen — mit einem Schlage die gesamte Sozialgesetzgebung, die Errungenschaft der Arbeiterbewegung von Jahrzehnten, vernichtet. Die SPD-Presse hofft noch, daß der Reichspräsident seine Zustimmung zu diesem Gewaltstreich versagen werde. Vergebliches und höchst schädliches Hoffen! Die Verordnung ist das Ergebnis der Besprechung Papens mit Hindenburg in Neudeck und wahrscheinlich vom Reichspräsidenten schon, vorbehaltlich der Zustimmung des Gesamtkabinetts, genehmigt.

In dieser Stunde gilt mehr denn je, daß sich die Arbeiterklasse nur auf sich selbst, auf ihre eigene Kraft stützen kann. Der geschlossene Kampf der ganzen Klasse unter Einsatz aller ihrer Organisationen und Machtmittel kann den Anschlag abwehren.

Generalangriff auf Arbeiterorganisationen

In dem gleichen Moment, in dem das sogenannte Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen mit seinen neuen unerhörten Ausbeutungsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft bekannt wird, zeigt sich eine Verschärfung des Angriffes, den die herrschende Klasse mit dem Staatsapparat gegen alle Arbeiterorganisationen richtet. Diese Gleichzeitigkeit ist natürlich nicht zufällig. Die Regierung muß damit rechnen, daß der unerhörte Druck, den sie gegen das Proletariat ausübt, Gegendruck erzeugt — und um den Gefahren, die daraus für die herrschende Gesellschaftsordnung erwachsen könnten, vorzubeugen, setzt sie Polizei und Justiz in verstärktem Maße in Tätigkeit.

Diese Aktivität des Staatsapparates richtet sich nicht mehr nur gegen die revolutionären Organisationen des Proletariats, sondern gegen alle Arbeiterorganisationen, die irgendwie der Sammelpunkt von Widerstandsbestrebungen der Arbeiter sein oder werden könnten. Darum wird jetzt auch das Reichsbanner, das gewiß oft genug seine Treue zum Staat und zu Hindenburg beteuert und bewiesen hat, unter Verfolgung gesetzt.

Keine Arbeiterorganisation darf sich einbilden durch Zurückhaltung und durch Verzicht auf revolutionäre Grundsätze diesen Verfolgungen entgehen zu können. Auch der Kampf, den die sozialdemokratischen Staatsmänner bis zuletzt gegen die kommunistischen Organisationen, z. B. durch das Verbot des Rotfrontkämpferbundes, geführt haben, konnte die reformistischen Organisationen nicht retten: es wurde im Gegenteil durch diese ganze Politik die Bahn geebnet für die jetzigen Maßnahmen gegen das Reichsbanner, gegen sozialdemokratische Zeitungen usw.

Auf der anderen Seite hat aber auch die KPD schwer gesündigt, da sie niemals bemüht war, den Kampf gegen die Unterdrückung der revolutionären Bewegung zu einer Angelegenheit der ganzen Klasse zu machen. Die Theorie vom Sozialfaschismus hat die kommunistische Führung gehindert, zu erkennen und allen Arbeitern klar zu machen, daß die Verfolgungen der Arbeiterorganisationen eines Tages auch die SPD, die freien Gewerkschaften, das Reichsbanner usw. treffen mußten. Dieser schwere politische Fehler hat der KPD, aber darüber hinaus der ganzen deutschen Arbeiterklasse unermeßbaren Schaden zugefügt.

Jetzt, noch in letzter Stunde, müssen alle Anstrengungen gemacht werden, um alle klassenbewußten Proletarier zum organisierten Widerstand gegen die der gesamten Arbeiterbewegung, der ganzen Arbeiterklasse drohenden Gefahren zusammenzuführen.

Reichsbanner unter Staatsaufsicht

Der kommissarische preußische Minister des Innern hat, wie Berliner Blätter melden, den Berliner Polizeipräsidenten beauftragt, bei allen preußischen Landeskriminalpolizeistellen Erhebungen über das Reichsbanner anzustellen.

Die Berichterstattung über die Reichsbannerverhältnisse soll nach vorgeschriebenen Richtlinien und bis spätestens zum 5. September erfolgen. Nach diesen Richtlinien soll insbesondere über die Grenzen der einzelnen Gaue, Kameradschaften, Hammerschaften und über die Bildungsarbeit berichtet, ferner sollen die Vorsitzenden und Führer, Kassierer und Schriftführer, Sekretäre, Schutzsportleiter, Jugendleiter mit Straße und Hausnummer namhaft gemacht werden. In den Ortsvereinen sind die Führer des aktiven Reichsbanners zu ermitteln, ferner die Zahl der Mitglieder der einzelnen Vereine und die Stärke der Schutzformationen, ihre Ausrüstung („Uniform, Waffen, Spaten usw."). Die Lager etwa vorhandener Bekleidungsdepots und ihre Bestände sind anzugeben. Weitere Fragen lauten:

„Sind die Schutzformationen militärisch organisiert?

Sind Waffenlager bekannt; g. f. sind für diese Genehmigungen erteilt (Depotscheine)? (Anzahl und Art der Waffen.)

Sind Spezialformationen vorhanden? (Rad-, Kraftfahrer, Flugzeugführer, Sanitäter, Aerzte, Nachrichtendienst.)

In welchen Betrieben bestehen Hammerschaften?

Aufbau der Hammerschaften.

Stärke der einzelnen Hammerschaften.

Hammerschaftsführer.

Bestehen Beziehungen zwischen Hammerschaften und kommunistischen Wehrorganisationen?"

Die beiden letzten Punkte der Richtlinien lauten wörtlich:

„IX. a) Zahl der gegen Mitglieder des Reichsbanners in der Zeit vom 1. Juni bis 31. August d. J. eingeleiteten Strafverfahren und der erfolgten Verurteilungen wegen

1. unbefugten Waffenbesitzes,
2. Verbrechens und Vergehens wider das Leben,
3. Widerstandes gegen die Staatsgewalt,
4. Verbrechens und Vergehens wider die öffentliche Ordnung.

b) Anzahl der Fälle, in denen auf Grund des § 17 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 17. Juni 1932 gegen Mitglieder des Reichsbanners in der Zeit vom 1. Juni bis 31. August d. J. Haft verhängt worden ist.

X. Besonderer Beobachtungen (insbesondere über die Einheitsfrontbestrebungen)."

(Weitere Meldungen siehe Seite 2)

Prosperitätsersatz in USA

Die Zeitungen melden von einem neuen Wirtschaftsaufschwung, einer neuen Konjunktur in USA. In der bürgerlichen und vor allem auch der sozialdemokratischen Presse werden daran Hoffnungen auf eine baldige Wiederbelebung der Wirtschaft in Deutschland geknüpft, wobei in den SPD-Zeitungen im Hintergrund die alte Tendenz wieder auftaucht, die ach so schöne Hoffnung, daß mit einer wirtschaftlichen Konjunktur, mit einer Verminderung der Arbeitslosigkeit auf für die SPD eine neue politische Konjunktur des bankerotten Reformismus sich einstellen könnte.

Was ist denn nun in den Vereinigten Staaten vor sich gegangen? Die Krise lastet in Amerika nicht minder schwer als in Deutschland auf der Bevölkerung. William Green, der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, hat eine Steigerung der Arbeitslosenziffer um rund eine Viertelmillion Arbeiter im Monat und damit für Ende Juli 1932 ein

Arbeitslosenheer von 12 Millionen in der USA

festgestellt. Bisher fand nun die Wirtschaftskrise in Amerika politisch und sozial noch keinen Ausdruck in einer größeren politischen Bewegung oder einem Wahlresultat gegen die herrschenden großkapitalistischen Kreise. Die bevorstehende Präsidentenwahl bietet zum ersten Mal die Möglichkeit, daß die von der Krise Betroffenen ihrer Mißstimmung, durch die Wahl des Gegenkandidaten Hoovers Ausdruck geben. Die Bedeutung der Präsidentenwahl ist um so größer, als die Verfassung der Vereinigten Staaten dem Präsidenten formal eine viel größere Macht gibt als etwa die deutsche Verfassung. Sie dürfte der tatsächlichen Macht von Hindenburgs gleichkommen. Daher sind Hoover und die hinter ihm stehenden Trusts heute gezwungen, um seine Wiederwahl zu ermöglichen, mit allen Mitteln eine

Prosperität hervorzuzaubern

oder etwas, das wie eine Prosperität aussieht. Aehnlich wie unser Papen jetzt, da die Gefahr für ihn durch eine mögliche Einigung des Zentrums mit den Nationalsozialisten am höchsten ist, durch künstliche Operationen größten Ausmaßes den starken Mann zu markieren versucht, der uns „besseren Zeiten entgegenführt", so auch Hoover in den Vereinigten Staaten: Den kranken Wirtschaftskörper will er durch Morphiumspritzen wieder beleben. Morphium, das heißt hier: Kredit.

Die Börse ist das Stimmungsbarometer der kapitalistischen Marktwirtschaft. Der Stimmungsumschwung vom allgemeinen Wirtschaftspessimismus zum wiedererwachenden Optimismus zeigte sich daher am klarsten an der New Yorker Börse. Innerhalb weniger Tage stiegen die Kurse um durchschnittlich 50%, vereinzelt auch bis 100%. Worauf ist nun dieser außergewöhnliche Stimmungsumschwung zurückzuführen?

Der Hauptantrieb resultiert aus der raschen Verteilung von Krediten durch die Reconstraction Finance Corporation (Refico), jener Organisation, die nach einer Ansprache des amerikanischen Finanzministers Mills vom 2. Februar bis zum 31. Juli dieses Jahres insgesamt 4947 Darlehen an einzelne Gesellschaften im Werte von 1219 Millionen Dollars, also rund 5 Milliarden Mark verausgabte. Die großen Bank- und Trustgesellschaften erhielten da-

von mehr als die Hälfte, der Rest verteilt sich auf die verschiedensten anderen Kreditnehmer der amerikanischen Volkswirtschaft. Hohe Beträge wurden auch für Preisstützungsaktionen abgezweigt, in Sonderheit um den Weizenpreis in die Höhe zu treiben und damit

die rebellierenden Farmer zu beruhigen.

Diese Ausweitung des Kredits wurde durch eine Reihe weiterer Maßnahmen unterstützt. Vor allem wurden die Banken veranlaßt, eingereichte Wechsel leichter als bisher zu diskontieren. Dazu kam, daß durch ein besonderes Gesetz verschiedene Nationalbanken wieder Unabhängigkeit in der selbständigen Kreditschöpfung durch Ausgabe von Nationalbanknoten erhielten. Obwohl die Banken von diesem Recht bisher kaum Gebrauch gemacht haben, wirkt doch die Möglichkeit seiner Ausnutzung für sie als starke Rückendeckung. Sie konnten ihre Zurückhaltung aufgeben und traten wieder als Käufer an der Börse auf. Durch diese Operationen wurde eine künstliche Geldflüssigkeit erzeugt, die die Voraussetzung für die Börsenhausse bildete.

Eine erhebliche Rolle spielte bei der Ausbildung des neuen Wirtschaftsoptimismus die Presse. In USA gibt es so gut wie gar keine unabhängige Handelspresse. Die Berichterstatter in allen Teilen des Landes wurden angewiesen — wie das „Berliner Tageblatt" sich melden läßt, „alle Faktoren, die auf eine Wiederbelebung des Arbeitsmarktes hindeuten, in detaillierter Form besonders hervorzuheben", wiewohl es eher mehr über gegenteilige Tendenzen zu berichten gegeben hätte. Selbstverständlich sind alle amtlichen und halbamtlichen Berichte in optimistischsten Tönen gehalten. Aber auch die Industriekonzerne selbst, die hinter Hoover stehen, haben es an ihrer Unterstützung der Börsenhausse nicht fehlen lassen: In großem Umfang wurden von einer Reihe von ihnen eigene Konzernaktien aufgekauft, um das Kursniveau in die Höhe zu treiben.

Stark unterstützt wurde die Hausse durch europäisches, insbesondere englisches Kapital. Schien es doch so, als ob sich hier in USA nach so langer Zeit wirtschaftlichen Niedergangs in der ganzen Welt wieder neue große Profitmöglichkeiten bieten. Die geringen Verdienstmöglichkeiten der Kapitalbesitzer in Europa, der niedrige Stand des Zinses vor allem in England, wo die große Kriegsanleihe konvertiert wurde, d. h. in eine neue Anleihe mit nur 3½% Zins (anstelle bisher 5%) umgewandelt wurde — es kann hier im Einzelnen nicht näher darauf eingegangen werden — zogen das Kapital nach den amerikanischen Märkten.

Die ganze Ankurbelung der amerikanischen Wirtschaft erscheint als eine

Konjunktur auf Pump,

die im Laufe der Zeit zu schlimmen Folgen führen muß. Zunächst entspricht der wirkliche Stand der amerikanischen Wirtschaft durchaus nicht dem trügerischen Bild, das sich aus den steigenden Börsenkursen ergibt. Die Meldungen aus Amerika lassen keine wirkliche Aktivierung des Geschäftes erkennen, lediglich die Rohstoffmärkte konnten durch die erwähnten Preisstützungsaktionen profitieren. Das Saisongeschäft hat infolge der stark geschwächten Kaufkraft sehr schwach eingesetzt. Der Außenhandel der USA hat einen noch nicht dagewesenen Rekordtiefstand im Monat Juli 1932 aufgewiesen: Eingeführt wurde im Juli 1932 für 79 Millionen Dollar, gegenüber 175 Millionen im gleichen Monat des Vorjahres; ausgeführt im Juli 1932: 107 Millionen Dollar gegenüber Juli 1931: 163 Millionen Dollar.

Aber auch die innere Struktur der amerikanischen Volkswirtschaft ist unter dem Druck der Krise längst nicht so weitgehend von den Schlacken der Ueberproduktion gereinigt, als daß der Ankurbelung durch die verschiedenen geschilderten Maßnahmen eine natürliche Aufstiegstendenz der Wirtschaft zu Grunde liegen könnte. In früheren gewöhnlichen Krisen wurden unter allgemeinem Preisrückgang die Läger, die die kapitalistische Ueberproduktion aufgehäuft hatte, abgesetzt. Beim allgemeinen Wettlauf um den selten gewordenen Kunden blieben viele Unternehmen auf der Strecke, die Wirtschaft reinigte sich automatisch und ein Konjunkturaufstieg konnte sich entfalten. Heute ist dieser Krisenverlauf durch die Strukturveränderungen im kapitalistischen Wirtschaftssystem (Monopole, Kartelle, Schrumpfung des Welthandels usw.) in stärkstem Ausmaß behindert. Von dem niedrigen Stand des amerikanischen Außenhandels wurde schon berichtet, auch die innere Umorganisation (Verringerung der Lagerbestände, Herabsetzung der Preise usw.) ist nicht genügend fortgeschritten. Nach einer Veröffentlichung der „Standard Statistics Co. sind so wichtige Gebiete, wie Bankwesen, Bauindustrie, Elektro-, Metallindustrie, Kunstseide, sowie vor allem Eisenbahnen, Schiffahrt und Stahlindustrie noch nicht genügend umorganisiert.

Auf jeden Fall steht die gewaltige Steigerung der Börsenkurse in keinem Verhältnis zu der tatsächlichen Lage der amerikanischen Wirtschaft.

Die Künstlichkeit dieses Prosperitätsersatzes wird wohl auf die Dauer zu inflationären Wirkungen führen. Schon zeigen sich die ersten Anzeichen: Es werden Noten ohne Golddeckung ausgegeben, solche mit Deckung dafür eingezogen. Das Defizit des Staatshaushaltes steigt durch die großen Ausgaben für die Ankurbelung. Senator King, Mitglied des Finanzausschusses des Kongresses, schätzt das Defizit des Staates auf 2 Milliarden Dollars für das laufende Rechnungsjahr. Bedenklich muß auch die starke Beteiligung des Auslandes an der New Yorker Börsenhausse stimmen: sie erinnert an den Ausverkauf Deutschlands während der Inflationszeit.

Ein Rückschlag wird auf die Dauer unvermeidlich sein. Er wird von gewaltigstem Ausmaß sein und weder finanziell noch sozial sich als tragbar erweisen. Gewiß gilt der Satz, daß eine herrschende Klasse aus jeder Situation einen Ausweg weiß: den der Gewalt. Aber die amerikanische Arbeiterschaft wird dann eine große Chance erhalten, um ihre revolutionären Kräfte zum ersten Male zu sammeln und einzugreifen in den Befreiungskampf des Weltproletariats. Wenn der Weltkapitalismus heute politisch — von Rußland und dem Fünfjahrplan im Moment einmal abgesehen — unangetastet in voller Macht dasteht, dann hat er das vor allem dem Umstand zu verdanken, daß im Land des stärksten Kapitalismus, in den Vereinigten Staaten von Amerika, bisher keine starke, organisierte und kampfbereite Arbeiterschaft bestand.

Hans Jacobsohn.

Mandschurei-Annektion perfekt

Tokio, 2. September.

WTB. Der zwischen Japan und dem neuen Staat Mandschukuo vereinbarte „Vertrag über eine Defensivallianz" soll noch in der ersten Hälfte dieses Monats unterzeichnet werden. Der Vertrag sieht die gegenseitige Achtung der Gebietshoheit vor, gibt jedoch Japan das Recht, überall in der Mandschurei Truppen zu unterhalten, wofür es die Verpflichtung übernimmt, für den äußeren und inneren Schutz des Staates zu sorgen.

Abgesehen von dem Recht der Stationierung von Truppen schafft der neue Vertrag nach japanischer Auffassung keine neuen Rechte. Von amtlicher japanischer Seite wird betont, es sei keine Rede davon, ein Protektorat zu errichten; der Mandschukuo-Staat behalte volle Freiheit in den auswärtigen Angelegenheiten und in der Finanzgebarung. Es gilt als wahrscheinlich, daß zur Regelung der Einzelheiten später ein Militärabkommen getroffen werden wird, jedoch wird versichert, daß keine Geheimabmachungen bestehen. Der Wortlaut des Vertrages wird den Großmächten vor der Unterzeichnung mitgeteilt werden. Die Frage der Registrierung beim Völkerbunde ist noch nicht entschieden.

Dieser „Allianzvertrag" ist ein schamloses Betrugsmanöver. Mit diesem „Vertrag" will der japanische Imperialismus seinen Raub und die faktische Annektion der Mandschurei kaschieren. Daß hier die Mandschurei alles andere als ein selbständiger, vertragschließender Staat, sondern nur eine japanische Kolonie mit einer unter japanischer Fuchtel stehender Strohmänner-„Regierung" ist, beweist allein die Tatsache, daß Japan das „Recht" hat, in der ganzen Mandschurei Truppen zu halten und die „Interessen" der Mandschurei gegenüber dem Ausland zu vertreten.

Die Annektion der Mandschurei ist neben den Expansionsbestrebungen Japans auf Kosten Chinas vor allem gegen die Sowjetunion gerichtet. Japan will die Mandschurei als militärisches und wirtschaftliches Aufmarschgebiet für den längst geplanten kriegerischen Angriff auf Sowjetrußland ausbauen. Das ist auch der Hauptgrund, warum die übrigen imperialistischen Staaten, vor allem England und Amerika, die Japaner gewähren lassen, obwohl dadurch ihre imperialistischen Interessen in China bedroht werden.

Zusammenstöße im belgischen Streikgebiet

Brüssel, 1. September. (Inprekorr.)

Im belgischen Streikgebiet haben sich am Mittwoch mehrere größere Kämpfe ereignet. Bei Lüttich gingen streikende Arbeiter gegen drei Streikbrecher vor, die von einem großen Polizeiaufgebot geschützt wurden. Ein Arbeiter wurde dabei verletzt.

In Montegnée fand eine riesige Streikdemonstration statt, an der über 3000 Arbeiter beteiligt waren. Berittene Gendarmerie attackierte die Demonstranten, wobei es zu schweren Zusammenstößen kam, in deren Verlauf mehrere Arbeiter verletzt wurden.

Infolge des belgischen Massenstreiks spricht man in Brüssel bereits offen von einem Regierungssturz, da die Regierung nicht imstande ist, der wachsenden Schwierigkeiten Herr zu werden. Die Unzuverlässigkeit der Truppen muß nun selbst von der bürgerlichen Presse zugegeben werden, die in den letzten Tagen einen Brief mehrerer Soldaten veröffentlicht, in dem die Soldaten sich darüber beschweren, daß sie immer noch im Streikgebiet festgehalten werden.

Daß der belgischen Regierung der Streik große Schwierigkeiten bereitet, und auch daß es schwer ist, die Truppen gegen die Arbeiter einzusetzen, ist richtig. Aber trotzdem ist es Uebertreibung, wenn hier behauptet wird, daß deshalb die Regierung vor dem Sturz stehe.

Zentrum und Nazis

Eine gemeinsame Erklärung

CNB. Berlin, 1. September.

Unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Göring wurde zwischen den Reichstagsfraktionen des Zentrums und der Nationalsozialisten folgende Verlautbarung vereinbart:

Gegenüber zahlreichen Kombinationen in der deutschen Oeffentlichkeit wird bezüglich der zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum schwebenden Verhandlungen festgestellt, daß diese Verhandlungen begonnen wurden und fortgesetzt werden mit dem Ziele der Beruhigung und Festigung der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland auf längere Sicht, weil nur auf der Grundlage der Wiederherstellung des Vertrauens eine erfolgreiche und eine dauernde wirtschaftliche Besserung und Beseitigung der außerpolitischen Isolierung erzielt und gesichert werden kann."

Hitler redet

In einer nationalsozialistischen Kundgebung im Berliner Sportpalast begründete Hitler in einer langatmigen Rede nochmals, warum er den Eintritt in die Papen-Regierung abgelehnt habe. Etwas Neues sagte er nicht.

Für ein Ausführungsgesetz zum Artikel 48

Wie parteioffiziös hier bekannt wird, hat die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei jetzt im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag unverzüglich den Entwurf des in Artikel 48 Absatz 5 der Reichsverfassung vorgesehenen Reichsgesetzes vorzulegen."

Katholische Heerschau

Essen, 1. September.

In Essen beginnt am 1. September der Deutsche Katholikentag. Er dauert bis 4. September einschließlich.

Der Deutsche Katholikentag ist weniger eine religiöse als vielmehr eine politische Angelegenheit. Daran ändert auch das große Aufgebot an Geistlichen nichts, das zur Eröffnung erschienen war. Zweck ist die Stärkung der politischen Macht der Kirche. Und weil im rheinisch-westfälischen Industriegebiet Hunderttausende katholische Arbeiter zusammengeballt sind, die zum großen Teil dem Zentrum noch folgen, wird man bei den Verhandlungen nichts unversucht und ununtersucht lassen, wie diese Proleten bei der Stange gehalten werden können. Darum wird ein großer Teil der vorgesehenen Vorträge der Großstadt gewidmet sein. Wir behalten uns vor, auf den Katholikentag in einer abschließenden kritischen Betrachtung zurückzukommen.

Eine Ohrfeige für das Felseneck-Gericht

Der 3. Feriensstrafsenat des Kammergerichts hat auf die Beschwerde des Rechtsanwalts Litten, der im Felseneckprozeß von der weiteren Teilnahme als Verteidiger ausgeschlossen wurde, unter Vorsitz von Präsident von Wehrer entschieden, daß der Beschwerde stattzugeben ist und der Beschluß des Schwurgerichts aufgehoben wird. Rechtsanwalt Litten wird an der morgigen Sitzung des Felseneckprozesses wieder teilnehmen.

Wenn das Kammergericht gegen das Schwurgericht Stellung nehmen mußte, dann kann man erkennen, wie ungeheuerlich der Willkürakt war, dessen sich das Felseneck-Gericht schuldig machte. Man wird danach zugleich ermessen können, welche „Objektivität" gegenüber den kommunistischen Angeklagten von diesen Richtern, die natürlich weiter amtieren, zu erwarten ist!

Guilbeaux wird verhört

Der französische Schriftsteller Henri Guilbeaux, der 1919 in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde und jetzt freiwillig nach Frankreich zurückkehrte, ist vier Stunden lang eingehend verhört worden. Er gab an, daß er aus Sehnsucht nach der Heimat nach Paris zurückgekehrt sei.

Die Beuthener Mörder begnadigt

Wie wir nach Redaktionsschluß durch WTB erfahren, sind die fünf SA-Mörder von Potempa durch Beschluß des kommissarischen preußischen Kabinetts begnadigt worden. Die Todesstrafe wurde in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt.

Kommunisten dürfen nicht demonstrieren!

Berlin, 1. September.

Der Polizeipräsident teilt mit: Die für Freitag, den 2. September, angesetzte Kundgebung des Kampfbundes gegen den Faschismus und der KPD im Neuköllner Stadion ist aus Sicherheitsgründen verboten worden.

Am 31. August endet der „Burgfrieden", am 1. September wird eine kommunistische Kundgebung verboten! — Kommentar überflüssig!

Haussuchungen bei der IAH

Berlin, 1. September.

In den Büroräumen der Internationalen Arbeiterhilfe findet zur Zeit auf Veranlassung der Politischen Polizei eine umfangreiche Haussuchung statt. Der Politischen Polizei war zu Ohren gekommen, daß in den Büros zahlreiches illegales Schriftenmaterial aufbewahrt sein soll. Die Polizei nahm insgesamt elf Ausländer fest, die sich über ihre Personalien nicht ausweisen konnten oder nicht ausweisen wollten, um sie dem Polizeipräsidium zur weiteren Vernehmung vorzuführen. Außerdem wurden zahlreiche Schriften beschlagnahmt, die noch der polizeilichen Prüfung unterliegen.

*

Von den 11 Ausländern die heute bei der Durchsuchung der Räume der Internationalen Arbeiterhilfe verhaftet wurden, sind neun wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die anderen beiden Ausländer wurden in Haft behalten, da ihre Papiere nicht in Ordnung waren.

*

Wie das Berliner Tageblatt dazu erfährt, handelt es sich um Material des Amsterdamer Antikriegskongresses und die verhafteten Ausländer sind Delegierte dieses Kongresses, die sich auf der Heimreise in Berlin aufhielten und gerade in den Räumen der IAH weilten. Eine großartige Polizeiaktion!

Weitere Verbote kommunistischer Zeitungen

Berlin, 1. September.

WTB. Der Polizeipräsident hat auf Grund des § 6 Abs. 1, Ziff. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 die beiden in Berlin erscheinenden Tageszeitungen „Das Volksecho" und die „Volkswacht" ab sofort bis zum 15. September 1932 verboten.

Nazis schießen — Reichsbanner kommt ins Gefängnis!

Eberswalde, 31. August.

Am Tage der Reichstagswahl kam es in Finow zu politischen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten, in deren Verlauf von den Nationalsozialisten etwa acht Schüsse abgegeben worden sind. Dabei wurde ein 16jähriges Mädchen durch Steckschuß schwer verletzt. Mehrere Reichsbannerleute trugen leichtere Verletzungen davon.

Die Große Strafkammer verurteilte nach dreitägigen Verhandlungen sechs Reichsbannerleute wegen schweren Landfriedensbruches zu neun, sieben und sechs Monaten Gefängnis. Von den Nationalsozialisten wurde ein SA-Führer wegen Vergehens gegen das Kriegsgerätegesetz und gegen das Schußwaffengesetz zu 150 RM. Geldstrafe verurteilt. Die übrigen Nationalsozialisten wurden freigesprochen. Die beschlagnahmten Waffen der Nationalsozialisten werden eingezogen.

Blutige Zwischenfälle in Indien

„Times" meldet aus Delhi: Nach dem am Montag erfolgten Tod eines Brahmanen in Fatehpur Sikiri erklärte die Witwe, sie wolle freiwillig den Verbrennungstod erleiden. Es gelang aber, ihr diesen Beschluß auszureden. Als diese Tatsache bekannt wurde, sammelte sich eine Menschenmenge vor dem Hause an und verlangte, die Frau solle ihre ursprünglich geäußerte Absicht durchführen. Die Menge drang gewaltsam in das Haus ein, führte die Frau davon und begann, einen Scheiterhaufen zu errichten. Daraufhin griff die Polizei ein und feuerte eine Anzahl Schüsse ab, durch die drei Personen getötet und fünf verletzt wurden. Hierauf brachte sie die Frau in Sicherheit.

Belgischer Bergarbeiterstreik

I.

Noch lebt der heldenmütige Generalstreik der belgischen Bergarbeiter. Sollten aber keine neuen Flammen auflodern und sollte es den „reformistischen" Partei- und Gewerkschaftsführern wie bisher gelingen, die notwendige Solidaritätsaktion der übrigen Industriearbeiter zu verhindern, dann wird der Streik bald erdrosselt am Boden liegen. Von Hunger und den Strapazen der letzten Monate erschöpft, werden dann die Arbeiter in die verdammten Gruben zurückkehren — mit größerem Haß noch gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker, aber auch voll bitterster Empörung gegen diejenigen, die vorgeben, ihre Führer, ihre Vorkämpfer zu sein und doch nichts anderes sind als Bleiklötze an ihren Füßen.

Seit Monaten schon kochte und brodelte es in den hiesigen Kohlengebieten. Jeden Monat fast rissen die Ausbeuter einen neuen Fetzen von dem schon so kargen Lohn ihrer Grubensklaven. Dazu kamen die empörendsten Chikanen und dauernde Entlassungen. Die Weltkrise senkte die Profite der hiesigen Grubenbesitzer. Daß sie ihren Reichtum in den Jahren der sogenannten Prosperität ins Ungeheure steigern konnten, das wollten sie nicht mit in Rechnung ziehen. Und mit Recht. Denn Kapitalist sein bedeutet nicht, Befriedigung am gestrigen Gewinn, sondern unersättlicher Hunger nach immer neuem Profit. Da aber die Weltkrise und die besonderen Produktionsbedingungen im belgischen Bergbau den Grubenbesitzern alle Wege zur Aufrechterhaltung und Steigerung ihrer Profite immer mehr verrammelte, stürzten sie sich wie hungrige Wölfe auf die einzige Möglichkeit, die ihnen noch offen stand: auf die Lebensexistenz der Arbeiter, auf die Löhne.

In der Tat sind die Lohnsenkungen, die im Bergbau vorgenommen wurden, fast beispiellos. Je stärker die Krise sich entwickelte, je höher die Kohlenstocks sich auftürmten, desto mehr wurden die Löhne beschnitten. In weniger als einem Jahr werden sie um mehr als 30 Prozent, und in manchen Fällen sogar um mehr als 40 Prozent geschmälert. Der tägliche Durchschnittslohn wird auf etwa 25 bis 30 Fr., also 3 bis 3,60 Mark reduziert. Aber es gibt auch Arbeiter, die kaum 20 Fr. täglich verdienen. Frauen müssen für 15 Fr. und weniger schwerste Arbeit verrichten. Dabei arbeitet die erdrückende Mehrheit der Grubensklaven höchstens vier Tage in der Woche!

Aber, wird man fragen,

wie ist ein solcher Lohnraub, eine solche wahnwitzige Ausbeutung in Belgien möglich?

Gehören nicht 560 000 Industriearbeiter, also ungefähr ein Drittel, des gesamten Industrieproletariats Belgiens allein den „reformistischen" Gewerkschaften an? Sind nicht von den 24 000 Bergarbeitern vom Borinage 21 500, also 90 Prozent, dem „reformistischen" Bergarbeiterverband angeschlossen? Zählt die sozialdemokratische Partei Belgiens nicht 600 000 Mitglieder? Ist sie nicht die stärkste Partei im Lande? Hat sie nicht selbst bei den letzten Parlamentswahlen 803 000 Stimmen, also mehr als 36 Prozent der gesamten Stimmenzahl erhalten? Beherrscht sie nicht mit ihren 68 Abgeordneten, ihren 55 Senatoren mehr als ein Drittel der Kammer und des Senats? Besitzen die Arbeiter Belgiens nicht die bestorganisierten Konsumgenossenschaften der Welt? Haben sie nicht in fast jeder Ortschaft ihre Volkshäuser? Sind sie nicht eine gewaltige Macht im Lande?

Ja, sie sind es. Aber die Führer der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei tun alles, was sie nur können, damit das belgische Proletariat diese Macht nicht in die Wagschale des Kampfes wirft. Entsteht ein Konflikt in irgendeinem Industriezweig, wird er akut, dann verhandeln die Delattre, die Mertens mit den Industriellen, die Commission Mixte tritt dann zusammen. Was diese paritätische Kommission beschließt — und obwohl ihre Beschlüsse nur moralischen und keinen juridischen Wert besitzen —, das gilt den Gewerkschaftsführern als Gesetz. Und mit der ganzen Kraft ihrer mit allen Mitteln der Reklame aufgepusteten Autorität, mit dem gesteigerten Druck des hierarchisch aufgebauten Gewerkschaftsapparats, zwingen sie den Arbeitern dieses „Gesetz" auf, und verweigern die gewerkschaftliche Unterstützung jedem Streik, der dieses Gesetz durchbrechen möchte.

Geschieht etwas auf politischem, sozialem Gebiet, was bei den Arbeitern eine gewisse Unruhe erzeugt, dann interpelliert Vandervelde oder ein anderer „angesehener" Abgeordneter die Regierung, und wenn die glückliche Gelegenheit sich bietet, knüpft er daran eine pathetische Rede. Sobald aber die Regierung auch nur die geringste Wortkonzession macht, verwandelt sich das Pathos in liebenswürdige Zurkenntnisnahme, und alles bleibt wie es war. Wenn aber die Regierung, um die anderen Parteien nicht zu reizen, es für besser hält, nicht einmal Wortkonzessionen zu machen, dann sagt der Redner der Regierung zum hundertstenmal une opposition irréductible, eine unversöhnliche Opposition seiner Fraktion an, aber in der nächsten Parlamentsverhandlung spricht man nicht mehr darüber, und auch diesmal bleibt alles wie es war. Nur in äußerst seltenen Fällen organisieren Partei und Gewerkschaften Straßendemonstrationen, aber nur wenn sie die absolute Gewißheit haben, daß die Arbeiter nach den angehörten Reden beruhigt nach Hause gehen werden. Eine wirklich proletarische und anhaltende Kampagne wird nie geführt. Droht aber die unruhige Stimmung bei den Arbeitern unerwünschte Formen anzunehmen, besteht die Gefahr, daß sich das Proletariat auf seine Macht besinnt, dann beginnen Partei- und Gewerkschaftsorgane plötzlich eine revolutionäre Sprache zu führen und schrecken nicht einmal davor zurück, der Bourgeoisie mit der proletarischen Revolution — wenigstens indirekt — zu drohen. Gleichzeitig aber wird rasch irgendeine Ablenkungskampagne in Szene gesetzt und der geringste Erfolg zu einer victoire immense, zu einem gewaltigen Sieg aufgeblasen.

Dennoch hielt es die Bourgeoisie in den Zeiten ihrer Prosperität für klug — die Massenstürme und Massenstreiks von 1886, 1891, 1893 und selbst der von den Reformisten schmählich erdrosselte Generalstreik vom Jahre 1902 lagen ihr noch tief in Erinnerung — sich von den sogenannten Reformisten geringe Konzessionen abbetteln zu lassen. Sobald aber die Krise einsetzte, da nahm sie besonders auf dem Gebiete der Löhne nicht nur alles wieder, was sie in den letzten vier Jahrzehnten den Arbeitern „bewilligt" hatte, sondern

sie schleuderte das Proletariat in das unsagbare Elend der siebziger Jahre zurück,

wenn nicht in noch tieferes Elend!

Nach den Berechnungen des belgischen Mitarbeiters des Internationalen Arbeitsamtes, Max Gotschalk, die er in der Juni-Nummer der Revue Internationale du Travail **veröffentlicht hat, war der durchschnittliche Reallohn der belgischen Arbeiter im Jahre 1929 nur 17,8 Prozent höher als im Jahre 1891! 38 Jahre hat also das belgische Proletariat gebraucht, um seine Lebenslage um nicht einmal 18 Prozent zu verbessern, während zu gleicher Zeit seine Arbeitsleistung ins Ungeheure stieg und das Nationalvermögen sich in gewaltigem Maße vergrößerte. Seit 1929 sanken aber die Löhne in den meisten Industriezweigen um mehr als 20 Prozent und im Bergwerk — wie wir gesehen — um mehr als 30 Prozent, und wir sprechen vom Reallohn und nicht vom nominellen Lohn! Seit diesem Jahr also traten die paritätischen Kommissionen nur zusammen, um die Löhne noch mehr herabzudrücken. Die Gewerkschaftsvertreter in diesen Kommissionen versuchten allerdings, mit Argumenten den Heißhunger des Unternehmertums zu dämmen. Aber die Unternehmer spotteten ihrer Argumente, wie über die Versuche, auf ihre Tränendrüsen zu drücken, erklärten, daß in Zeiten der Krise „alle Bevölkerungsklassen" Opfer bringen müssen und führten ihre Lohnraubpolitik konsequent durch. Nun was konnten und können die Gewerkschaftsführer tun?**

Sie wußten, daß die Industrie noch in den Jahren 1928—29 25 bis 30 Milliarden Franc neu investieren konnte, sie wußten, daß die Aktiengesellschaften Belgiens im Jahre 1930 — im Jahre der Krise! — 4 Milliarden 28 Millionen Franc allein an Dividenden verteilten, also 1 Milliarde 633 Millionen mehr als im Jahre 1927, ja, daß sie im Jahre 1931 noch 3 Milliarden 547 Millionen in die Taschen ihrer Aktionäre schütten konnten; sie wußten, daß die Société Générale, das größte Bankunternehmen Belgiens, das unter anderem mehr als 50 Prozent der Kohlenindustrie kontrolliert, selbst zugab, in den Jahren 1930—31 369 Millionen Reingewinn erbeutet zu haben; sie wußten, daß noch im Jahre 1931 die Bergbauindustrie 102 Millionen an die Aktionäre von neunzig Gesellschaften verteilen konnte;

Sie wußten also, daß die Unternehmer schamlos logen, als sie von der verzweifelten Lage sprachen, in der sich die belgische Industrie befinden soll. Allein, was konnten und können die „Reformisten" — und wir sprechen von den „ehrlichen" und nicht von den an die Bourgeoisie verkauften — der Profitgier der Unternehmer entgegensetzen? Den Kampf gegen sie aufnehmen? Mit welchen Mitteln, welchen Methoden? Mit den Mitteln und Methoden des Streiks? Welchen Streiks? Den Korporationsstreiks? Ach, die „Reformisten" wissen allzugut, daß ein Streik, der nur einen Industriezweig umfaßt, von vornherein zum Tode verurteilt ist, wenn er nicht auf andere Industriezweige übergreift.

Was also? Den Generalstreik aller Industriezweige proklamieren? Aber ist das nicht ein allzu gefährliches Experiment? Besteht nicht die Gefahr, daß ein Generalstreik — besonders in diesen Jahren der physischen und seelischen Not — bald in revolutionäre Kämpfe, ja vielleicht sogar in eine Revolution umschlägt? Und weil die „Reformisten" diese Gefahr mehr fürchten als die Pest, weil sie überzeugt sind, daß eine wirklich revolutionäre Bewegung sie bald über Bord werfen wird, weil sie auf diesem Gebiete die Verkettung der Dinge klar sehen, wagen sie sich an die Waffe des Streiks überhaupt nicht ran. Was bleibt ihnen also übrig, als dem Druck des Unternehmertums nachzugeben und ihm Stück für Stück die Haut der Arbeiterklasse auszuliefern?

Diese Macht- und Auswegslosigkeit des Reformismus war es, die die Gewerkschaftsführer veranlaßte, auch dem letzten fünfprozentigen Lohnabbau in der Kohlenindustrie, der in der paritätischen Kommission für den 8. Juli beschlossen wurde, zuzustimmen. Die Delattre und Mertens waren überzeugt, daß es ihnen auch diesmal gelingen wird, die Annahme dieses Diktats der paritätischen Kommission bei den Bergarbeitern durchzusetzen. Aber bald sollte auch ihnen die Erfahrung, der gewaltige, spontane Massenstreik, der Mitte Juli einsetzte, lehren, daß der Krug nur solange zum Brunnen geht, bis er bricht.

(Van den Ende, Brüssel.)

(Ein weiterer Artikel folgt.)

Spuren der Amundsen-Expedition

Moskau (über Kowno), 1. September.

Wie aus Archangelsk berichtet wird, ist der sowjetrussische Eisbrecher „Russanow" in der Nähe des Kaps Tscheljuskin auf Spuren der Maud-Expedition Amundsens aus dem Jahre 1919 gestoßen. Es wurden zwei eigenhändige Niederschriften Amundsens und Sverdrups gefunden, die über die zwangsweise Ueberwinterung berichten. Der Leiter der Expedition des Eisbrechers „Sibirjakow", der kürzlich die erste in der Geschichte der Polarforschungen geglückte Umsegelung von Nowaja Semlja durchführte, teilt in einem Funktelegramm mit, daß er jetzt das Nordland erreicht und jene Gruppe an Bord genommen habe, die dort überwintert hatte. Dem während zweier Winter von dieser Gruppe in der Arktis gewonnenen wissenschaftlichen Material wird außerordentliche Bedeutung beigelegt.

Neue Südpolexpedition

Oslo, 1. September.

Der bekannte Polarforscher Kapitän Riiser Larsen, der an mehreren Expeditionen Roald Amundsens teilgenommen hat, plant eine Expedition nach dem Südpolarkontinent. Nach Zeitungsmeldungen beabsichtigt er, im Februar 1933 von Königin-Maud-Land oder Enderby-Land aus eine Schlittenfahrt längs der Küste des atlantischen Sektors der antarktischen Zone zu unternehmen. Er hofft, das Problem der hypothetischen großen Bucht zwischen Königin-Maud-Land und Prinzessin-Ragnhild-Land zu lösen und durch die Entdeckung von Neuland eine Verbindung zu Kronprinzessin-Maertha-Land herzustellen. Kapitän Riiser Larsen wird nur einen Begleiter und zwei oder drei Hundeschlitten mitnehmen. Er will auch meteorologische Beobachtungen über das Polarjahr anstellen.

Chauffeur übermüdet

Unna, 1. September.

Ein schweres Verkehrsunglück ereignete sich in der vergangenen Nacht auf der Landstraße Unna—Aplerbeck in der Nähe von Kamen. Ein mit 32 Personen besetzter Autobus — die Fahrgäste befanden sich auf der Heimfahrt aus Schlesien, wo sie ihre Ferien verbracht hatten — fuhr gegen einen Baum und wurde in den Straßengraben geschleudert. Von den Insassen wurden sieben schwer und sieben leicht verletzt. Die Schwerverletzten wurden dem Krankenhaus in Unna zugeführt. Die Ursache des Unglücks ist darauf zurückzuführen, daß der Chauffeur durch die zweitägige Fahrt übermüdet war.

Jeder Genosse, jede Genossin wirbt einen Abonnenten für unsere SAZ

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

33) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Endlich hört das Orchestrion zu spielen auf. Die Stimme des Flandernmatrosen dringt laut durch den Raum: „Ich will euch erklären, was das bedeuten soll! Die Offiziere haben Wind von der Versammlung bekommen, und die wollen sie verhindern! Aber darauf lassen wir uns nicht ein! Wir haben uns nicht vor dem Trommelfeuer in Flandern gefürchtet. Wir werden uns auch nicht von einer Hand voll Offiziere bange machen lassen! Wir demonstrieren für die Freilassung unserer Kameraden! Hand hoch, wer mitgeht!"

Keine einzige Hand bleibt unten.

Der Saal dröhnt von den Rufen:

„Raus die Gefangenen!"

„Auf nach dem Exer!"

„Hoch der Friedel"

Ein Trommelwirbel, ein Trompetensignal. Eine Patrouille des Seebataillons taucht vor der Tür des „Reichspfennig" auf. Der Führer der Patrouille ruft hinein:

„Nu aber los, sitzt ihr denn auf den Ohren? Es ist ‚Alarm' gewesen. Alles was in die Kasernen gehört, in die Kasernen! Und was auf die Schiffe gehört, auf die Schiffe!"

Die Matrosen stehen widerwillig auf. Sie suchen ihre Mützen und Mäntel und fangen an, zu bezahlen. Die Patrouille wartet nur, bis die ersten anfangen herauszukommen, dann marschiert sie weiter.

Der Flandernmatrose hat sich an der Tür aufgestellt:

„Niemand geht in die Kaserne! Niemand geht auf die Schiffe! Wir demonstrieren!"

„Zur Versammlung!"

„Nach dem Exer!"

„Wir marschieren nach dem Exerzierplatz, aber nicht geschlossen, so kommen wir nicht durch. Einzeln und zu zweien ist es sicherer, und am Viehburger Gehölz treffen wir uns alle!"

Der Flandernmann sucht einige Leute heraus, die er mit der Parole durch die anderen Kneipen schickt. Schorsch und Bonczyk gehen in die Stadt zurück. Sie springen auf eine vorbeifahrende Straßenbahn in der Richtung Düsternbrook auf. An den Landungsbrücken steigen sie aus und stellen sich den auf die Schiffe zurückströmenden Matrosen entgegen:

„Nicht auf die Schiffe, wir demonstrieren!"

„Für die Freilassung der Gefangenen!"

„Wir treffen uns am Viehburger Gehölz!"

„Wer trifft sich?"

„Alle, — die halben Besatzungen sind schon da! Und die aus der Garnison auch!"

„Allein gehen wir auch nicht an Bord!"

„Das Geschwader soll auslaufen?"

„Dann sitzen wir nachher da!"

„Dann sind wir die Dummen!"

„Ueberhaupt, dieser dämliche Alarm, wo der Krieg sowieso verloren ist!"

„Auf, nach dem Viehburger Gehölz!"

Einzelne Trupps machen kehrt. Sie fangen die ihnen entgegenkommenden Heizer und Matrosen auf, werden immer zahlreicher und größer. Bald haben sie auf den Bürgersteigen keinen Platz mehr und formieren sich zu Marschkolonnen. Aus den Nebenstraßen hört man die Alarmtrommel, doch das Signal verfängt nicht mehr.

Schorsch führt einen der Züge an.

Neben ihm her läuft Bonczyk.

Der Zug erreicht die Stadtgrenze. Der Exerzierplatz vor dem Viehburger Gehölz gleicht einem weiten Feld von blauen Mützen. Die Massen stehen dicht gedrängt vom Gehölz bis zum Tanzlokal „Waldwiese".

Der Flandernmatrose hält eine Ansprache.

Schorsch und Bonczyk versuchen sich so weit wie möglich vorzudrängen. Der Flandernmatrose macht einem anderen Sprecher Platz.

Das ist auch ein Matrose, er hält eine Zeitung in der Hand:

„Ich habe hier die ‚Leipziger Volkszeitung' mitgebracht. Da steht ein Artikel drin über unsere Kameraden von 1917. Hört mal zu, — ich werde vorlesen!"

Und er liest den Artikel vor.

Nach ihm steht ein Zivilist auf der kleinen Anhöhe, die zur Tribüne geworden ist.

„Kameraden, Parteigenossen . . ." beginnt er. Ein geübter Redner, aber er wird von allen Seiten unterbrochen.

„Wer ist denn das?"

„Das ist doch Garbel"

„Der Gewerkschaftsvorsitzende."

„. . . von den Werftarbeitern ist eine ähnliche Sache geplant. Darum, Kameraden und Genossen, fordere ich euch auf, mit eurer Bewegung noch ein bis zwei Tage zu warten, und dann werden wir gemeinsam, machtvoll und kraftvoll . . ."

Ein wildes Gepfeife setzt ein.

„Schluß!"

„Wir warten nicht mehr!"

„Das dauert schon viel zu lange! Inzwischen haben sie wieder ein paar von uns erschossen!"

„Denkt an Alwin Köbis!"

„Und an Reichpietsch!"

Ein Matrose löst den Gewerkschaftsbeamten ab:

„Wir haben uns lange genug von den Bonzen an der Nase herumführen lassen. Das ist jetzt vorbei! Ueberall sind Kameraden von uns eingesperrt. Die Gefängnisse sind nicht mehr groß genug. Auch hier in der „Waldwiese" sitzt eine Kompanie von der Matrosendivision, die haben sie hier eingesperrt und heute nicht rausgelassen . . ."

An mehreren Stellen gleichzeitig werden Reden gehalten. Am Rande des Gehölzes spricht ein Matrose von einem Baum herunter.

Ein Werftarbeiter steht auf einem Schotterhaufen:

„Wir sind vollständig auf Seiten der Kameraden von der Marine, und wir versprechen unsere Unterstützung; wenn es sein muß, gegen die Gewerkschaften! Eure Kameraden sitzen hier in der ‚Waldwiese' und in der Feldstraße und in den Zuchthäusern. Und unsere besten Führer sind auch eingesperrt. Wir fordern die Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen. Und wenn unsere Forderungen nicht anerkannt werden, dann werden wir in den Generalstreik treten! Kameraden, wir müssen gemeinsam handeln: gegen die Offiziere, gegen die Kriegsgewinnler, gegen . . ."

Vor der „Waldwiese" bricht ein Tumult aus.

Die große Masse kann wegen der Entfernung nicht genau sehen, was los ist. Aber dann klirren Fensterscheiben. Das von der Menge umringte Schilderhaus bewegt sich, wird hochgehoben, macht eine Drehung und stürzt krachend zu Boden. 10 000 Menschen bewegen sich auf die „Waldwiese" zu.

Ein allgemeines Johlen und Pfeifen setzt ein. Auf der Treppe ist ein Feldwebel aufgetaucht, mit einer Pistole in der Hand, und hinter ihm treten zaghaft ein paar Wachtsoldaten heraus.

Die Masse brandet die Stufen hoch.

Der Feldwebel geht sofort unter. Die Posten geben ihre Gewehre freiwillig ab. Wie ein Ring zieht die Masse sich um das Gebäude zusammen. Die Türen splittern. Kein Fenster bleibt ganz. Ein Haufen hat einen Telegraphenpfahl angepackt, Hände, Köpfe, Schultern, — der Pfahl wankt, bricht aus dem Erdboden und legt sich der Länge nach um. Mit Stiefeln werden die Telegraphendrähte abgefetzt. Die Verbindung nach Kiel ist unterbrochen.

Die Luft erzittert von tausendstimmigem Triumphgeschrei.

Einer der internierten Matrosen steigt durchs Fenster. Hände strecken sich ihm entgegen. Und dann kommen sie durch Fenster und eingeschlagene Türen, truppweise, ein Dutzend, einige Dutzend, eine ganze Kompanie.

Aus der Menge ertönen Rufe:

„Jetzt rein nach Kiel!"

„Nach der Arrestanstalt!"

„Nach der Feldstraße!"

Noch einmal taucht der Flandernmatrose über der Menge auf. Er steht auf dem umgestürzten Schilderhaus, schwenkt seine Mütze in der Hand und brüllt über die Köpfe weg:

„Kameraden, das ist erst der Anfang! In Kiel sitzen Hunderte und in Wilhelmshaven auch, und im Zuchthaus Rendsburg und in der Festung Köln. Jetzt marschieren wir! Raus die Gefangenen!"

Die Masse nimmt den Ruf auf:

„Raus die Gefangenen!"

(Fortsetzung folgt.)

Kapitalistische Abbaumethoden in der GEG Chemnitz

Die Privatkapitalisten befinden sich durch die Krise in großem Schlamassel. Die Aktienkurse sind bis in den Keller gefallen, die Produktion ist immer mehr eingeschränkt worden, die Profite immer weniger geworden. Deshalb stürzen sich die Kapitalisten wie hungrige Wölfe auf die Löhne der Arbeiterschaft. Schon ist von ihnen nicht mehr viel übrig geblieben. Jetzt wird der Rest noch beschnitten werden, wenn die Arbeiter sich dagegen nicht endlich zur Wehr setzen.

All dies ist schlimm genug. Schlimmer aber ist es, wenn auch die eigenen Betriebe der Arbeiterschaft anfangen, solche kapitalistische Gewohnheiten einzuführen, um Ersatz zu schaffen für die durch die Krise ausgefallenen Einnahmen. Der nachfolgend beschriebene Fall beweist das schlagend. Der Schauplatz ist die GEG Chemnitz.

Selbstverständlich machen sich die Auswirkungen der Krise auch in den Betrieben der GEG bemerkbar und wir verstehen auch die Bestrebungen, diese Einflüsse möglichst wenig wirksam werden zu lassen. Wenn aber die Geschäftsleitung dazu übergeht, diese Lasten auf die Schultern ihrer Arbeiter abzuwälzen, dann ist es ganz in der Ordnung, wenn sich die dadurch betroffenen Arbeiter zur Wehr setzen. Sie sind um so mehr im Recht, wenn ihr Lohn, wie das der Fall ist eben in der GEG Chemnitz, durch Kurzarbeit wesentlich verringert ist. Die jetzigen Löhne betragen durchschnittlich 25—30 RM.

Das scheint der Geschäftsleitung immer noch zu viel zu sein. Deswegen verlangt sie einen neuen Lohnabbau. Die vor dem Schlichter geführten Verhandlungen führten zu einem Schiedsspruch, wonach sofort 6% und ein paar Wochen später weitere 4% des Lohnes abgebaut werden sollten.

Diese Zumutung hat die Arbeiterschaft in einer Betriebsversammlung mit 202 gegen 2 Stimmen abgelehnt und beschlossen, den angedrohten Lohnabbau mit allen Mitteln abzuwehren. Diese Einmütigkeit wurde noch besonders durch die Tatsache gefördert, daß noch immer an die leitenden Angestellten unverhältnismäßig hohe Gehälter gezahlt werden, während der Lohn der Arbeiter bereits die unterste Grenze des Existenzminimums erreicht hat. (Es ist ein offenes Geheimnis, daß noch immer Monatsgehälter von mehr als 1000 Mark gezahlt werden.)

Die Geschäftsleitung hat die Ablehnung der Arbeiter damit beantwortet, daß sie beim Schlichter die Verbindlichkeitserklärung beantragt hat. (!) Hinterher scheinen ihr aber doch Bedenken über ihr Verhalten aufgestiegen zu sein, deswegen sollten in dieser Woche noch einmal Einigungsverhandlungen stattfinden. Auf jeden Fall aber tut die Arbeiterschaft der GEG gut daran, wenn sie auf der Hut ist. Sie ist vollkommen im Recht, wenn sie derartige, durchaus kapitalistische Maßnahmen mit den gleichen Mitteln beantwortet, wie sie die Arbeiterschaft der Privatindustrie bis vor kurzem stets begegnet hat. Die Schuld an diesen unerquicklichen Verhältnissen trägt einzig und allein die Geschäftsleitung.

Im übrigen aber beweist die Geschäftsleitung durch ihr Vorgehen, daß sie wohl vortrefflich den Kapitalismus kopieren kann, ihr aber vollkommen das fehlt, was man Genossenschaftsgeist nennt.

Zum Schluß wollen wir die Genossen in der SPD darauf aufmerksam machen, daß die „Volksstimme" noch kein Sterbenswörtchen davon berichtet hat. Das ist ihre vielgerühmte „Objektivität"! Vielleicht fragt mal ein Genosse bei der Redaktion an, warum die „Volksstimme" in diesem Falle so schweigsam ist.

Pleite der Leipziger Messe

Die Leipziger Messe wird seit Jahren immer mehr zu einer Markt-Heerschau des deutschen Kapitalismus ausgebaut. Sie soll nicht nur als Marktstimmungsbarometer und als ein Mittel zur Erleichterung und Steigerung des Absatzes der deutschen Industrieproduktion nach dem In- und Ausland, sondern auch als Faktor zur „Ankurbelung der Wirtschaft" dienen. Das deutsche Industrie- und Handelskapital hat besonders auf die diesjährige Herbstmesse in Leipzig große Hoffnungen gesetzt. Aber sie wurde — wie nicht anders zu erwarten war — zu einer großen Pleite. Das kann selbst der amtliche Messe-Schlußbericht trotz aller Beschönigungsversuche nicht verdecken.

Der Bericht lautet:

Bilanz der Leipziger Herbstmesse

Leipzig, 1. September.

Die Leipziger Herbstmesse 1932, die vom 28. August bis 1. September stattfand, stand unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die den Inlandsabsatz und den Export behindern. Wenn sich trotzdem die Gesamtzahl der Aussteller auf 5422 belief, so liegt darin wohl ein Beweis für die Widerstandsfähigkeit der Meßindustrien und für den unbeugsamen Willen der Unternehmerschaft, trotz der Ungunst der Zeiten durch die Vermittlung der Leipziger Messe die Fühlungnahme mit dem Markt zu behalten. Bisher hielt der geschäftliche Teil sich in allen Branchen, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, ziemlich ruhig, da sich die Einkäufer angesichts der vielen, noch ungeklärten Fragen unserer Wirtschaftspolitik zurückhielten. Trotzdem wurden zahlreiche Aufträge erteilt, wobei vor allem die Einkäufer aus landwirtschaftlichen Gebieten Deutschlands stärker als sonst in Erscheinung traten, da man angesichts der guten Ernte mit einer Belebung der Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung rechnet.

Das Ausland — vertreten waren hauptsächlich die Länder, die den Import noch nicht in größerem Umfange erschwerten — beschränkte sich auf die Deckung des notwendigen Bedarfes. Das Interesse der inländischen und ausländischen Einkäufer wandte sich hauptsächlich dem Saisonbedarf der nächsten Monate zu, wobei billigere und mittlere Preislagen bevorzugt wurden. Gefragt waren vor allem Neuheiten.

Die Stimmung unter den Meßbesuchern war weitaus besser als man erwartet hatte, da das neue Wirtschaftsprogramm der Regierung im allgemeinen günstig beurteilt wird. Man erwartet von der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms eine Verminderung der Zahl der Arbeitslosen und ein allmähliches Ansteigen der Kaufkraft innerhalb der nächsten Monate.

•

Der Schluß des Berichtes charakterisiert den Bankrott des Liberalismus der deutschen „Wirtschaftsführer". Sie begeistern sich für das junkerliche Wirtschaftsprogramm Papens und setzen ihre einzige Hoffnung noch auf diese faschistische Wirtschaftsdiktatur.

Vor dem Ende des Notstandsarbeiter-Streik in Oldenburg

Wenn diese Zeilen ins Land gehen, wird bereits wahr sein, was wir hier andeuten. Die Streikfront zerfällt. Für uns bringt der unerfreuliche Ausgang die Bestätigung unserer Kritik, für die Arbeiterschaft neben der sicheren Niederlage eine ernste Lehre. Obwohl die Baustelle vorübergehend vom Arbeitsamt gesperrt war, hatten sich nun auf die Drohung des Ministeriums hin eine Anzahl Arbeiter zum Streikbruch gefunden. Daß dies eintrat, liegt nicht zuletzt an der schlechten organisatorischen Vorbereitung dieser Aktion, mehr noch an dem zerstörenden Umstand, daß im Vorauf Parteiinteressen oder Organisationsinteressen in den Vordergrund gerückt wurden. Die RGO. wie die Gewerkschaftsbürokratie wollte die Führung an sich reißen. Die gemeinsame Arbeit im Streikausschuß hatte nur zum Ziel, einander zu entlarven, ohne in der Tat die klare Führung zu zeigen. Diese Rivalitäten unter den Arbeiterorganisationen untereinander haben die Nazi-Betriebszellenorganisationen für sich ausgenutzt und die stark bedrängte Röver-Regierung aus der peinlichen Lage befreit.

Zuerst wurde der Streik von allen Arbeitern (Nazi und Stahlhelmern mit) unterstützt. Durch die „kluge" Taktik der RGO., Nazi- und unorganisierte Arbeiter mit in die Leitung zu bringen, wurde tatsächlich ein Nationalsozialist Vorsitzender in der Streikleitung. Dieses Spiel war abgemacht und wurde indirekt von der RGO mit unterstützt. Dadurch war die Röver-Regierung über die Stimmung und die Tätigkeit in der Streikleitung ständig informiert und konnte ihre Maßnahmen danach treffen. — Wir sprechen dies heute schon aus, obwohl der Streik noch weiterläuft, nur erst ein Drittel der Arbeiter zu ihren Plätzen zurückgekehrt sind, weil der Zusammenbruch bevorsteht und dann die einzelnen „Führer" wieder andere verantwortlich machen werden, wenn nicht gar die SAP, obwohl wir darin leider nirgends zur Geltung gekommen sind.

Eine sehr wichtige Bedeutung bekommt die Unterstützungsfrage in diesem Kampfe. Jede Organisation, Konsumgenossenschaft, Gewerkschaften, SPD usw. unterstützten nur ihre Mitglieder und trieben somit einen Keil in die Streikfront. — Für die Arbeiterschaft muß dieser Kampf eine wertvolle Lehre bedeuten. Gewiß muß bei derartigen Anlässen alles getan werden, um sämtliche Arbeiter, auch die der NSDAP, in eine Kampffront zu bringen, aber es muß eine wirklich einheitliche Leitung geschaffen und Beauftragte der Naziführung daraus ferngehalten werden.

Vom Versicherungs-Prinzip zur Bedürftigkeitsprüfung

in der Arbeitslosen-Unterstützung

Es war zweifellos ein Erfolg der freien Gewerkschaften in ihrem Kampfe um die Sicherstellung der Existenz der durch die Wirtschaftskrisen des Kapitalismus arbeitslos Gewordenen, als im Jahre 1927 die Erwerbslosenfürsorge durch die Arbeitslosenversicherung abgelöst wurde. Die größte Aenderung gegenüber dem bis dahin geltenden Rechte, das auf eine Verordnung der Volksbeauftragten aus dem Jahre 1918 zurückging, war, daß die Gewährung der Unterstützung nicht mehr von der Bedürftigkeit abhängig gemacht wurde, sondern von dem Nachweis einer 26wöchentlichen versicherungspflichtigen Tätigkeit. Durch diese Ueberleitung von der Erwerbslosenfürsorge in das System der sozialen Versicherung bekam der Arbeiter einen Rechtsanspruch auf die Unterstützung, gleichgültig, ob die Beiträge von dem Unternehmer abgeführt waren oder nicht.

Solange sich die Kurve der Produktionsziffern in aufsteigender Linie bewegte, d. h. solange die Möglichkeit bestand, die Arbeitslosigkeit durch die Vermittlung in eine Arbeitsstelle abzuschließen, konnten Auswüchse, die in einer systematischen Ausnützung der Arbeitslosenversicherung bestanden, vermieden werden. Einer Ausnützung, die nicht nur, wie die bürgerliche Presse so gern behauptet, von seiten der Arbeiter, sondern in noch größerem Maße von seiten der Unternehmer erfolgte, und zwar dadurch, daß sie systematisch die Arbeitslosenversicherung als Krisenabflußventil benutzten und ihre Angestellten und Arbeiter bei jeder ihnen passenden Gelegenheit auf die Straße setzten und sie der Arbeitslosenversicherung überantworteten.

Bereits im Jahre 1929 war, durch die anhaltende Wirtschaftskrise verursacht, ein erhebliches Defizit vorhanden, dessen Deckung durch Erhöhung der Beiträge von 3½ auf 6½ Prozent durchgeführt werden sollte. Um für diese Maßnahme im Reichstag auch die Zustimmung der Deutschen Volkspartei zu erlangen, gestand die Sozialdemokratie als Konzession eine „Reform" der Arbeitslosenversicherung zu, die die sich im Laufe der Jahre herausgebildeten „Mängel" beseitigen sollte. Die Einfügung der Novelle vom 11 Oktober 1929 war der erste Schritt zu dieser „Reform", die schon im Zeichen des Abbaues stand. Das Kernstück der Neuerung war der Paragraph 89a, der eine Definition des Begriffes „arbeitslos" gab: „Arbeitslos ist derjenige, der berufsmäßig überwiegend als Arbeitnehmer tätig zu sein pflegt, aber vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht und den erforderlichen Lebensunterhalt auch nicht durch selbständige Tätigkeit erwerben kann".

Durch diese Fassung des Gesetzes wurde ein Teil der Arbeiterschaft — z. B. die überwiegend als Saisonarbeiter tätigen Kleinlandwirte — vom Bezuge der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen, obwohl sie zur Zahlung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge verpflichtet waren. Damit war das reine Versicherungsprinzip, d. h. daß die Gegenleistung nur auf Grund einer 26wöchentlichen versicherungspflichtigen Tätigkeit erfolgt — durchbrochen und ein Erfolg des Gesetzes vom 17. Juli 1927 gegenüber der Erwerbslosenfürsorge rückgängig gemacht. Von dieser „Reform" führt ein gerader Weg über die verschiedenen Notverordnungen, die in diesem knappen Rahmen nur kurz gestreift werden können: die Notverordnung vom Juni 1931 die die Unterstützungssätze abbaute und die volle Bedürftigkeitsprüfung für Frauen und Jugendliche einführte, die Verordnungen des Präsidenten der Reichsanstalt vom Oktober 1931, die eine Herabsetzung der Unterstützungsdauer von 26 auf 20 Wochen, resp. von 20 auf 14 Wochen für Saisonarbeiter vorsah usw., zu der Notverordnung vom Juli 1932. Diese stellte den schärfsten Eingriff in die noch verbliebenen Rechte der Arbeiter auf Unterstützung im Falle seiner Arbeitslosigkeit dar, denn sie brachte einen systematischen Abbau des sozialen Versicherungscharakters der Arbeitslosenversicherung und setzt generell an die Stelle des Rechtsanspruchs nach einem 6wöchigen Bezuge der Unterstützung die Frage der Bedürftigkeit. Gleichzeitig wurde eine erhebliche Kürzung der Unterstützungssätze durchgeführt.

Zunächst erhält der Arbeitslose für sechs Wochen die reguläre, aber bis zu 55 Prozent gekürzte Unterstützung (Alu), deren Weiterzahlung und Höhe als Krisenunterstützung (Kru) von da ab nicht mehr vom Arbeitsamt abhängt, sondern vom Ergebnis einer Hilfsbedürftigkeitsprüfung durch das Wohlfahrtsamt. Diese wird weit strenger durchgeführt, als die frühere Bedürftigkeitsprüfung bei der Gewährung der Krisenfürsorge von seiten des Arbeitsamtes. Man kann auch nicht sagen, daß sie immer nach objektiven Grundsätzen erfolgt, denn die „individuelle" Bedürftigkeitsprüfung läßt dem Sachbearbeiter einen zu weiten Spielraum. Damit ist aber auch die Nachkontrolle durch den Arbeitslosen selbst erschwert. Das Eingreifen und willkürliche Bestimmen über die Arbeitslosen und ihre Unterstützungsmöglichkeit war schon lange ein Traum der Behördenbürokratie, der dank der ständigen unter Duldung oder Zustimmung der SPD durchgeführten „Reformen" erfüllt worden ist.

Die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung war ein Programmpunkt der freien Gewerkschaften und der SPD. Heute ist sie nur ein Studienbeitrag zum Auf- und Abstieg des Reformismus. Ihre Entwicklung zeigt, daß der Einbau „sozialistischer Stützpunkte" in die kapitalistische Wirtschaft ohne deren grundlegende Umänderung der Machtverhältnisse im Staat immer problematischer Natur ist und immer dann versagen, d. h. beseitigt werden, wenn sie für die Arbeiterschaft am notwendigsten wären. Axel.

Die Streiklage in England

WTB. Manchester, 1. September.

Der Zentralrat der Northern Counties Textile Federation hat sich heute auf einer eilig zusammenberufenen Sitzung mit der Frage der Möglichkeit einer Vermittlung im Baumwollstreik befaßt. Die Streiklage ist im allgemeinen unverändert. Mit Ausnahme von Darwen ist die Arbeit in allen großen Industriezentren im nordöstlichen Teil der Grafschaft Lancashire eingestellt.

Angestelltenstreik in Ostoberschlesien?

Kattowitz, 1. September.

WTB. Heute haben die Angestellten der Kattowitzer Interessengemeinschaft, zu der die Vereinigte Königs- und Laurahütte, die Kattowitzer A.G. und die Bismarckhütte gehören, erneut beim Demobilmachungskommissar vorgesprochen, da sie die Löhne für Juli und August noch nicht ausgezahlt erhalten haben. Wie verlautet, wollen die Angestellten, wenn sie innerhalb einer kurzen Frist die Gehälter nicht gezahlt bekommen, in den Streik treten. Es würden dann mehrere tausend Angestellte streiken.

Tarifkündigung in der Kölner Metallindustrie

WTB. Köln, 1. September.

Der Arbeitgeberverband der Metallindustrie für Köln und Umgebung hat den am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften mitgeteilt, daß er das Lohnabkommen zum 30. September d. J. kündigt. Der engere Wirtschaftsbezirk Köln beschäftigt heute noch rund 8000 Metallarbeiter.

Opfer des Imperialismus

Absturz eines USA-Militärflugzeuges

Panama, 1. September.

Über der Kanalzone stürzte ein amerikanisches Militärflugzeug ab. Die vier Insassen kamen ums Leben.

Rumänisches Munitionslager explodiert

Bukarest, 1. September.

Das in der Umgebung der Hauptstadt Rumäniens in unmittelbarer Nähe der Station Chitial befindliche militärische Artilleriemunitionslager Ceasna ist heute nachmittag um 6 Uhr in Brand geraten. Erst hörte man kleinere Detonationen, dann erschütterte um 9.20 Uhr eine mächtige Detonation die Luft, die in der ganzen Hauptstadt hörbar war. Das in dem Gebäude untergebrachte Granatenlager war in die Luft geflogen. Die Explosion forderte bisher zwei Leicht- und einen Schwerverwundeten. In den umliegenden Häusern haben die Explosionen großen Schaden angerichtet. Auch das Bahnhofsgebäude in Chitila wurde arg beschädigt. Das gefährdete Gebiet wurde durch einen Militärkordon abgesperrt.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; **Inserate:** Herbert Scholz Breslau. **Verlag:** „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau Neue Graupenstr. 7.

Redaktion: Breslau Kleine Holzstraße 3 I Treppe. Telephon 206 02

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0 35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2.10 zuzüglich RM 1.30 Porto monatlich

Inseratenpreis Berechnung erfolgt auf Grund unserer Tarifes

Expedition: Breslau Kleine Holzstraße 3 I Treppe. Telephon 206 02.

Berlin

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weichsel 3422
Sonnabend, 3. Sept.
8.30 Uhr
Herzdame
Gartenbühne
Sonnabend, 3. Sept.
5.30 Uhr
Konzert und Varieté
8.15 Uhr
Frühlingsluft

Arbeiter-Mörder

Rechtsbeugung — Der Beihilfe und Begünstigung dringend verdächtige SA-Zeugen werden vereidigt — Das Klassengesicht des Breslauer Sondergerichts

Das gestrige Sondergericht stand wieder im Zeichen der Bürgerkriegsatmosphäre. Den Gegenstand der Verhandlung bildeten die Vorgänge am Weißenburger Platz in den Mittagsstunden des letzten Wahlsonntags. Zu dieser Zeit ereignete sich ein bezeichnender Vorfall. Auf den infolge der Nähe eines Wahllokals etwas belebten Platz kam in rascher Fahrt plötzlich ein mit sieben SA-Leuten besetzter Flitzer. Der Führer dieses Flitzers gab ohne einen ersichtlichen Grund den Befehl zum „Absitzen". Die SA-Leute sprangen ab und stürmten, voran der Führer des Trupps, der Schweißer Herbert Vogt von der Matthiasstraße 166, mit gezogenen Pistolen, Gummiknüppeln und Koppeln auf die gerade in der Nähe befindlichen, ahnungslosen Passanten ein. Vogt gab zwei Schüsse ab, von denen der eine fehl ging, der andere den Straßenbahner Kräker traf, der mit einem folgenschweren Lungensteckschuß zusammenbrach. Die SA-Leute sprangen darauf auf den Wagen und verschwanden ebenso rasch, wie sie gekommen waren.

Für diese Tat hatten sich gestern der Bandenführer Vogt und der Fahrer Walter von Künel, übrigens Schweizer Staatsangehörigkeit und Lehrling bei dem Fleischermeister Häberli, Michaelisstraße 58, zu verantworten. Der Hauptangeklagte Vogt versuchte dabei geltend zu machen, in Notwehr gehandelt zu haben, weil die Menge eine drohende Haltung gegen ihn und seine Raufkumpanen eingenommen habe. Dabei soll sogar der Ruf „Genossen ran, Messer raus" aus der Menge gefallen sein. So ungefähr nämlich malt sich das Bild eines antifaschistischen Angriffs in den Köpfen derer, die den nationalsozialistischen Zeugen und Angeklagten ihre Aussagen einexerzieren. In der Tat bekundeten sämtliche SA-Zeugen das gleiche mit einer geradezu auffälligen Einförmigkeit. Diesen Aussagen standen aber die Bekundungen von nicht weniger als zehn Zeugen gegenüber, die sämtlich und mit größter Bestimmtheit verneinten, daß von Seiten der Passanten eine drohende Haltung gegen die SA-Leute eingenommen worden sei. Die Zeugen sahen vielmehr, wie die Nationalsozialisten ohne ersichtlichen Grund von dem Wagen herabsprangen und Vogt mit den Rufen

„Was ist hier los — Straße frei! Es wird geschossen!"

die beiden Schüsse abgab. Der besagte Auflauf habe sich begreiflicherweise erst nach dem Vorfall gebildet. Daß von Seiten der Passanten der Ruf „Genossen ran, Messer raus!" abgegeben worden sei, verneinten die Zeugen auf das entschiedenste.

Der Vorgang lag also, hätte man meinen müssen, überaus einfach. Auch Staatsanwalt Menzel, dem man von früheren Prozessen her wirklich keine Sympathie für die Arbeiterschaft vorwerfen kann, sah sich daher im Plädoyer zu der Feststellung genötigt, daß von einer Umzinglung der Nationalsozialisten in diesem Fall keine Rede sein könne. Der Angeklagte könne sich nicht darauf berufen, in Notwehr gehandelt zu haben. Zu Drohungen, geschweige denn zu Tätlichkeiten von der Gegenseite sei es überhaupt nicht gekommen. Andererseits habe der Angeklagte deutlich die Absicht verfolgt, jemanden zu treffen. Wenn jemand getroffen worden sei, werde die Menge von ihm ablassen, so habe sich Vogt nach seinem eigenen Geständnis gedacht.

Wer aber mit einer exemplarischen Bestrafung der SA-Banditen rechnete, sah sich in diesen Erwartungen gründlich getäuscht. Es muß bemerkt werden, daß schon der Staatsanwalt die Anklage auf versuchten Totschlag ohne jede Begründung fallen ließ und nur wegen gefährlicher Körperverletzung, Verstoßes gegen das Schußwaffengesetz und gegen die Anmeldepflicht von Waffen das überaus milde Strafmaß von 1 Jahr 5 Monaten Gefängnis (nicht etwa Zuchthaus!) beantragte. Ein in der Rechtssprechung unerhörtes Verhalten leistete sich jedoch das Gericht. Dieselbe Strafkammer mit derselben Besetzung, die vor kurzem noch in dem Prozeß über die Vorgänge in Ransern sämtliche Reichsbannerleute wegen ihrer Zugehörigkeit zu dieser Organisation unvereidigt ließ, obwohl sie an den Vorgängen nicht beteiligt waren, nahm jetzt ohne Bedenken und ohne den geringsten Einspruch des Staatsanwalts die Verteidigung der fünf „Entlastungszeugen" (!) vor, die sämtlich „Passagiere" des Flitzers und der Beihilfe oder mindestens der Begünstigung der fraglichen Tat dringend verdächtig waren. Man muß schon mehr oder weniger von einer Rechtsbeugung sprechen, will man dieses doppelsichtige Verhalten, diese einseitige Parteinahme des Sondergerichts in zwei gleich liegenden Fällen mit den gebührenden Worten brandmarken. Das Klassengesicht des Sondergerichts wurde denn auch an dem Urteil erkenntlich. Dem Angeklagten wurde die Notwehr (nicht einmal Putativnotwehr) zuerkannt, und er wurde lediglich wegen des Verstoßes gegen das Schußwaffengesetz und das Gesetz über die Anmeldepflicht zu der lächerlichen Strafe von 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte Walter von Künel wurde freigesprochen. Das empörende Urteil wurde gefällt in einem Augenblick, wo sich die Nachrichten von strengsten Zuchthausstrafen gegen Proleten für viel geringfügigere Vergehen aus allen Teilen des Reiches häufen. Doch diese Urteile sind dazu angetan, das ohnehin illusionistische Vertrauen in die heutige Justiz völlig zu zerstören und jenes Maß von Empörung anzuhäufen, das mit diesen Zuständen ebenso gründlich, ebenso energisch aufzuräumen gewillt ist, wie mit der gesamten Schmach der heutigen Konterrevolution.

E. K.

Spuren der Illyrier

Eine 2500 Jahre alte Grabstätte und ein Friedhof aus dem 11. Jahrhundert

In dem im Kreise Sagan liegenden Schönbrunn setzte der Konservator Hoffmann auf dem früheren Eisenzeitgelände bei der Sandgrube des Bauerngutsbesitzers Teige seine Ausgrabungen fort und legte vier Gräber frei. Es handelt sich hierbei um die Art des „Billendorfer" Freieisenzeit-Gräbertypus aus der Besiedlungszeit durch die Illyrier 1800 bis 600 v. Chr. Das erste Grab wurde größtenteils zerstört aufgefunden, während sich im zweiten Grabe eine Haupturne mit Leichenbrand und 18 Beigefäße befanden, so z. B. Schüsseln, kleine Schalen Henkeltassen, Henkelkrüge, die zum größten Teil schön verziert waren. In der Leichenbrandurne befand sich noch Leichenbrand, und zwar in recht grober Form. Deutlich konnte man die Gelenkknochen, die Füße, Wirbelknochen usw. erkennen. Vermutlich handelt es sich hier um die Beisetzung einer Frau, denn man fand im Leichenbrand einen Teil eines bronzenen Hals- und Armringes. Im dritten Grabe fand man ebenfalls ein Hauptgefäß, das sehr schön verzierte Merkmale (Fingernagel) und andere Verzierung aufwies. Vom vierten Grabe fand man lediglich Bruchstücke vor.

*

In der großen Sandgrube auf dem Kupferberg in Bankwitz, Kr. Nimptsch, waren beim Schachten schon mehrfach Skelette zerstört worden, was die Rettung dieser Bodenfunde durch eine wissenschaftliche Ausgrabung notwendig machte. Diese wurde jetzt unter Leitung von Dr. Zotz durchgeführt. Auf dem Kupferberg wurde ein Reihengräberfeld festgestellt. In großen, knapp einen halben Meter unter der Erdoberfläche liegenden Grabgruben waren die Toten in Särgen beigesetzt worden, deren Wandung sich als deutliche, durch Holzkohlestreifen hervorgerufene Verfärbungen noch erkennen ließen. Die meisten der Beerdigten wiesen keine Beigaben auf. Bei einigen aber fand man eiserne Messer und eisenbeschlagene Holzgefäße. Besonders bemerkenswert ist ein Grab, in dem eine Mutter mit ihrem neugeborenen Kind im Arm beigesetzt war. Die Frau trug blaue Glasperlen um den Kopf. Ein anderes Frauengrab soll nach Aussagen der Ausgräber das besterhaltenste frühgeschichtliche Grab sein, das bisher in Schlesien geborgen wurde. Das Skelett fiel durch große Massigkeit der glänzend erhaltenen Knochenteile auf. Um den Schädel lag ein Geschmeide von Bronzeringelchen und zu Füßen der Toten stand ein mit Wellenlinien verzierter tönerner Topf. Nachdem das Skelett sorgfältig freigepinselt war, wurde es völlig in Gips gelegt, um so mit dem Originalboten nach Breslau transportiert zu werden, wo es im Altertumsmuseum Aufstellung finden soll. Die Beigaben weisen den Friedhof vom Kupferberg in das 11. Jahrhundert. Damals waren Slawen in Schlesien eingedrungen, die sich mit den Resten der im Silingau noch sitzenden Wandalen vermischt hatten. Erst durch die Wiedereindeutschung im 13. Jahrhundert wurde Schlesien aufs neue germanisiert.

Ein Bergwerksmuseum in Schreiberhau?

Hirschberg, 31. August.

Der Ortsverein für Mittel- und Niederschreiberhau will, wie der „Bote aus dem Riesengebirge" berichtet, die alten, bereits verwachsenen Schachtanlagen des ehemaligen Schwefelkies-Bergwerkes in Niederschreiberhau dem Publikum zugänglich machen und in den unterirdischen Räumen ein geologisches und mineralogisches Museum einrichten.

*

Ist ein solches Museum wirklich vonnöten, ist im Augenblick die Lösung der Erwerbslosigkeit und tausend andere Fragen nicht dringender?

Die spinale Kinderlähmung im Kreise Waldenburg

Waldenburg, 1. September.

Im Stadt- und Landkreis Waldenburg sind bisher 16 Fälle spinaler Kinderlähmung aufgetreten, davon einer in der Stadt Waldenburg, die anderen in Niedersalzbrunn, Weißstein, Alt Lässig, Adelsbach, Langwaltersdorf, Hermsdorf und Tannhausen. Geschlossen sind sämtliche Schulen in Weißstein und je eine Schule in Alt-Lässig und Tannhausen. Die Krankheit hat bisher den Tod eines Säuglings gefordert. Die anderen Erkrankten befinden sich auf dem Wege der Besserung.

Kumpeltod

Waldenburg, 1. September.

In der Nacht zum Donnerstag ist bei der Arbeit unter Tage auf dem Melchiorschacht in Dittersbach der 49 Jahre alte Hauer Hermann Seidel aus Rothenbach tödlich verunglückt. Er wurde durch eine einstürzende Kohlenwand an den Stempel gedrückt, wobei er schwere Rippenbrüche und innere Verletzungen davontrug. An den Folgen der Verletzung ist S. heute früh im Knappschaftslazarett verstorben.

Wieder ein tödlicher Verkehrsunfall

Breslau, 1. September.

Als heute nachmittag der Maurer Ernst Jäkel aus Clarenerast mit seinem Rade auf der Tiergartenstraße plötzlich scharf nach links einbog, wurde er von der Straßenbahn erfaßt und neun Meter mitgeschleift. Erst dann konnte der Straßenbahnwagen zum Stehen gebracht werden. Jäkel wurde sofort nach der Unfallstelle der Chirurgischen Klinik gebracht, wo aber nur der inzwischen eingetretene Tod festgestellt werden konnte.

Großes Schadenfeuer

Steinau, 1. September.

In Preichau brach in der massiven Scheune des Gutsbesitzers Schmidtchen Feuer aus. Die Feuerwehr beschränkte sich hauptsächlich auf den Schutz der Nebengebäude. Den Flammen fielen die gesamte diesjährige Ernte des Besitzers sowie Getreidevorräte anderer Siedler, die ihre Vorräte in der Scheune untergebracht hatten, zum Opfer. Weiter kamen in den Flammen etwa 70 Hühner, 15 Enten und ein Schwein sowie zahlreiche Tauben um. Es wird Brandstiftung vermutet.

Scheunenbrand

Oels, 1. September.

Vor kurzem brannte in der Nacht die Scheune des Bauerngutsbesitzers Georg Heinrich aus bisher ungeklärter Ursache nieder. Die ganzen Erntevorräte sowie landwirtschaftliche Maschinen wurden vernichtet.

Nicht der Kommunismus, sondern der Kapitalismus zerstört die Familie

Eine Ehe wird zerrüttet — ein Menschenleben zerstört

Vor dem Sondergericht in Breslau stand der 25jährige Kaufmann Erich Hannich wegen versuchten Totschlags. Ihm wurde zur Last gelegt, den Versuch gemacht zu haben seine Ehefrau zu ermorden.

Die Verhandlung vor dem Sondergericht ergab ein Bild, dem über den Einzelfall hinaus grundsätzliche Bedeutung zukommt. Hier handelt es sich nämlich nicht nur um den Streit zwischen Mann und Frau, der, wie man gemeinhin annimmt, physiologische oder seelische Ursachen haben kann, hier handelt es sich genau so wenig um das altbekannte Bild der „bösen Schwiegermutter", sondern in diesem wie in vielen tausenden anderen Fällen ist vor allem anderen die gefühlsmäßige Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze in der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft, die noch hinzukommt. Hannich, der Angeklagte, hatte seine Frau auf der Liebesinsel kennen gelernt. Er hatte lange Zeit hindurch mit ihr zusammengelebt, ohne, wie das seinem Proletarierdasein entsprach, an eine Ehe denken zu können. Als seine Frau jedoch schwanger wurde, gab er dem Drängen der Schwiegereltern nach und heiratete, wie es das bürgerliche Gesetzbuch fordert. (Es kann sogar möglicherweise eine kirchliche Trauung stattgefunden haben. Das entzieht sich unserer Kenntnis.)

Mann und Frau hatten sich aber zusammengetan, weil sie es so wollten, nicht weil es ihnen ein Gesetz vorschrieb. Sie hatten sich zusammengetan, wie sich in ganz natürlicher Weise tausende Männer und Frauen finden. Sie haben dabei, wie alle die andern, nicht daran gedacht, für immer und alle Zukunft zu entscheiden. Die Frau Hannichs stammte aus einer Beamtenfamilie, Erich Hannich aber ist ein Proletarier. Der kleinbürgerliche Dünkel der Beamteneltern konnte es nicht ertragen, daß ihre Tochter, ohne im Besitz irgendeines mit amtlichen Siegeln versehenen Scheines zu sein, ein Kind haben soll. Sie haben gehandelt, so wie es ihnen das Sittengesetz der bürgerlichen Gesellschaft vorschrieb. Für sie kam es nicht darauf an, ob die Neigung der beiden Menschen sie zu einem gemeinsamen Leben befähige. Nun, der „Kleinbürger" ward gerettet, aber zwei Menschen ist das Leben zerstört worden.

Noch bevor das Kind zur Welt kam, war es der eifrigen kleinbürgerlichen Schwiegermutter gelungen, die Eheleute Hannich auseinander zu bringen. Hannich war nämlich mit dem Trauzeugnis nicht Beamter geworden, sondern er blieb ein Prolet. Sein Einkommen erschien seinen Schwiegereltern zu gering. Sie wollten ihm die Möbel ihrer Tochter nicht anvertrauen, sie zwangen die jungen Leute noch vor der Geburt des Kindes in ein möbliertes Zimmer. Schon kurze Zeit nach der Geburt verließ unter dem Druck ihrer Mutter Frau Hannich ihren Mann und kehrte in den Schoß der kleinbürgerlichen Familie zurück. Jetzt durfte sie sogar ihr Kind mitnehmen, denn sie hatte ja geheiratet, die Ehre der „Familie" war gerettet. Aber noch war die Neigung zu ihrem Mann nicht erloschen, zwölf Monate hindurch wurde die Frau, die bald einer neuen Geburt entgegensah, zwischen Mann und Eltern, zwischen dem Leben einer Proletarierfrau und dem Dasein einer „besseren" Beamtentochter hin und her gerissen. Die Eltern fühlten sich dem Manne gegenüber so turmhoch überlegen, daß ihnen auch die kleinste hauswirtschaftliche Tätigkeit ihrer Tochter unstandesgemäß erschien. Hannich litt ganz natürlicherweise gewaltig unter diesen unerträglichen Verhältnissen. Schließlich hegte er Selbstmordabsichten. Diese Absichten nahmen feste Gestalt an, als ihm zufällig ein Revolver in die Hand kam. Noch einmal wollte er versuchen, sich mit seiner Frau auszusprechen, und dann wollte er selbst diesem Jammerleben ein Ende machen. Aber in der Erregung des Wortwechsels nach den Qualen des letzten Jahres schoß er auf seine Frau und dann auf sich selbst.

Die Sachverständigen mußten Hannich erhöhte Reizbarkeit zugestehen, so daß sich sowohl soziologisch wie auch medizinisch der Fall klärte. Der Angeklagte hat in einem Affektzustand die ihm zur Last gelegte Tat begangen. Seine seelische Verfassung bei der Tat war sowohl durch seine ohnehin vorhandene gesteigerte Erregbarkeit als auch durch die schweren seelischen Erschütterungen in seiner Ehe verursacht. Auf die Anklagebank hätten an die Stelle Hannichs seine Schwiegereltern gehört, denn ohne sie hätten sich die beiden Eheleute aneinander gebunden oder nicht. Ohne die kleinbürgerlichen Schwiegereltern hätte selbst noch die erzwungene Ehe zum mindesten erträglich sein können.

Doch der Gang des Prozesses hat wieder gezeigt, daß die kleinbürgerlichen Anschauungen von Ehe und Familie Gemeingut der gesamten bürgerlichen Klasse sind. Der Staatsanwalt beantragte nicht nur die gesetzliche Mindeststrafe von 5 Jahren Zuchthaus, sondern er wagte es sogar, den Eheleuten Hannich moralische Vorhaltungen zu machen. Für einen Staatsanwalt ist vorehelicher Geschlechtsverkehr

„einer deutschen Ehefrau und deutschen Mutter unwürdig",

da aus einer „solchen Ehe" allemal nichts segensreiches herauskommen könne. Das klang gerade so, als ob die Bourgeoisie und ihre Beamten von ihren jungen Leuten, bevor sie in den heiligen Stand der Ehe eintreten, ein Keuschheitsgelübde zu verlangen pflegt. Bei Staatsanwälten ist das ganz sicher so.

Alle guten Gründe, die der Verteidiger für einen Freispruch ins Feld führte, fruchteten nichts, Hannich wurde wegen versuchten Totschlags zu 2 Jahren 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Bourgeoisie pflegt nach der Sowjetunion zu weisen, wenn sie die Schönheit und Ehrbarkeit des Familien- und Ehelebens im Kapitalismus darlegen will. In Rußland, da herrsche fürchterliche Ungebundenheit und bei uns Zucht und Ordnung. Die bürgerliche Weltanschauung, die aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen entstanden ist, zwingt Menschen wider ihren Willen zur Ehe und reißt dann die Klassengegensätze innerhalb der Familie so scharf auf, daß schließlich Menschenleben gefährdet und zerstört werden. Nicht der Kommunismus wird einst die bürgerliche Ehe zu zerstören haben, die Klassengegensätze im Kapitalismus und die Moral der herrschenden Klassen selbst besorgen das ganz allein.

Song vom Überfluß der Welt

Der Mensch verdirbt am Ueberfluß der Welt,
Von dem nur wenigen ein Nutzen bleibt,
Weil man die vielen in Bedrängnis treibt
Und sie in diesem Elend willig hält,
Damit sie wissen, wie der Mensch so arm
Und wünscht sich doch gebettet weich und warm.

Dem schimmelt Brot, das seinem Nächsten fehlt,
Der darbend vor den vollen Läden steht,
Mit Hungerschreien durch die Straßen geht,
Und Bettelpfennige sind es, die er zählt,
Wobei er feststellt, wie der Mensch so arm
Und wünscht sich doch gebettet weich und warm.

Kaffee und Reis, des Ausfuhr sich nicht lohnt,
Versinkt ins Meer, daß es den Wert verliert.
Baumwolle wird verbrannt: der Arme friert
Und ist an die Entbehrung längst gewohnt,
Weil man gelehrt hat, wie der Mensch so arm
Und wünscht sich doch gebettet weich und warm.

Darum die Welt verdirbt am Ueberfluß,
Mit dem man frevelhaften Nichtsnutz treibt.
Wir aber fragen, ob das stets so bleibt
Und ob es, Mann des Volks, so bleiben muß?
Die Welt ist reich, warum bist du so arm
Und wünschst dich doch gebettet weich und warm.

Walter Steinbach.

Kleines politisches Kabarett

Der Führer

„Das sage ich Ihnen: unser Führer ist kerngesund. Er dichtet, malt, macht Baupläne, entwirft neue Uniformen . . ."

„Ja, mein Lieber, so hat es bei Wilhelm auch angefangen." (Ente)

o

Luftverkehr

Wie wir erfahren, beabsichtigt die Deutsche Luft-Hansa ihr Streckennetz auszubauen. Unter anderem soll eine neue Fluglinie nach Gut Neudeck eingerichtet werden, das in letzter Zeit ein beliebter Ausflugsort geworden ist.

•

Börse

Neulich hörte ich auf der Börse folgendes Gespräch: „Ich glaub an gor nix, an ka Gott und gor nix. Ich bet nix, ich halt ka Feiertag, geh in ka Tempel. — Nur an Jom kipur da fast ich, ma kann nix wissen: vielleicht gibt's doch eppes." (Ente)

•

Ordnung muß sein

In einem Wandelgang des Landtagsgebäudes geht ein Nazi auf einen SPD-Abgeordneten zu und gibt ihm eine schallende Ohrfeige. Lächelnd dreht sich der SPD-Mann um, hebt drohend den Zeigefinger und sagt: „Sie, Sie, ich werde beim Landtagspräsidenten einen Ordnungsruf gegen Sie beantragen!"

•

Aus der Religionsstunde

Lehrer: „Wer war der erste Soldat?"
„Du, Emil."
Emil: „Josef aus Aegypten: Er trug einen bunten Rock und bildete sich viel darauf ein!"

•

Das Licht

Dorflehrer und Pfarrer sitzen im „Goldenen Hufeisen" am Stammtisch. Der Pfarrer will sich eine Pfeife anbrennen. Der Lehrer, als höflicher Mann, hält dem Herrn Pfarrer das brennende Streichholz hin, und es verlöscht.

Worauf der geistliche Herr scherzt: „Ei, ei, das Licht der Schule verlöscht?"

Darauf der Lehrer: „Kein Wunder, Herr Pfarrer . . . in der Hand der Kirche!"

(Roter Pfeffer.)

•

Strafe

Die Jungfrauen von Kongregation „Santa Magdalena" besichtigten das Zuchthaus.

„Sagen Sie", fragte eine der Jungfrauen einen Sträfling, „es muß doch fürchterlich sein, im Zuchthaus zu leben?"

„Och", antwortet der, „es ging ja noch, wenn nicht jeden Tag solche Besucherinnen wie Sie kämen!"

•

Unfreiwilliges Geständnis

Im „Völkischen Beobachter" vom 7. bis 8. August steht folgendes Inserat:

Ich suche

Anschluß

an nationalsoz. Familie, wo ich mich betätigen kann, 33, ledig, evangelisch.

Tierarzt Tilch,
Berlin N 20, Schönstedtstr. 1.

Wir sind überzeugt, daß sich manches Familienmitglied zur Behandlung melden wird.

•

Unterschied

Richter: „Hat der Angeklagte in unerlaubten Beziehungen zu Ihnen gestanden?"

Zeugin: „Nein, Herr Amtsrichter, ich hatte es ihm erlaubt."

Gegenübergestellt

Das „prüde" England und das „fortschrittliche" Deutschland oder verwechselt das Bäumchen.

Die „Wache des Königs" im Londoner Hydepark. „Die „kleine Dame" läßt sich aber nicht stören. Herr Bracht würde so etwas nicht gestatten. Bei uns wacht das Auge des Gesetzes über die Sittlichkeit der Badeanzüge.

Für die Proleten Ausnahmezustand, für die Nazis Demonstrationsfreiheit; die Gleichberechtigung macht in Deutschland Fortschritte.

Überall dasselbe

In Ungarn — In Deutschland

Die heilige Kirche hat für jeden etwas, für die einen die Säbel, für die anderen ein Plakat. Wahrlich Symbole christlichen Glaubens.

In der Hauptstadt (Berlin) — In der Provinzstadt

Die Kleinbürger haben zwar nichts zu fressen, aber Uniformen und Vereine haben sie.

Das Buch

Lilli Körber: „Eine Frau erlebt den roten Alltag." Ein Tagebuchroman aus den Putilowwerken (Verlag Rowohlt, Berlin).

Lilli Körber, eine junge Oesterreicherin, ging im Jahre 1931 auf 12 Monate in die Sowjetunion, um als Metallarbeiterin in den roten Putilowwerken in Leningrad zu arbeiten. (Warum? Weil sie einen jungen amerikanischen Ingenieur liebt, in dessen Nähe sie sein will . . . na, usw. Wir wissen ja Bescheid!)

Und nun beginnt die Wandlung eines Menschen. Mit scharfem Blick, hellhörig erlebt sie den roten Alltag und schreibt das Gehörte und Gesehene in einem Tagebuch nieder, losgelöst von aller schematisierenden und theorisierenden Politik. Dennoch verankert und verwachsen in dem Nährboden der gewaltigen kommunistischen Ideen, die den Unterbau für den gigantischen Industrieaufbau und den Gesellschaftswandel in Sowjetrußland bilden.

Eine Frau, die noch nicht völlig ihre kleinbürgerlichen, man ist beinahe versucht zu sagen westeuropäischen Eierschalen abstreifen konnte, prallt in einem Sowjetbetriebe mit den neuen Ideen des Kollektivs zusammen. Sie sieht, sie erlebt, rein äußerlich das Tagesgeschehen und dennoch begreift sie das sowjetrussische Dasein zunächst nicht bis in die letzten tiefsten Wurzeln. (Was ihren Bericht über die äußeren Tagesgeschehnisse um so klarer und sachlicher macht!) An einer Stelle ihres Tagebuches findet man den Ausspruch: „Ich bin, wie der alte verkrachte Westen, aus dem ich komme, chaotisch und hilflos. Nur im Betriebe finde ich mich wieder. Hier hat alles einen Sinn."

Das war im Anfang, und dann kam die Wandlung.

Lilli Körber nimmt an den täglichen politischen Versammlungen teil, die während der Mittagspause im Betrieb stattfinden, sie fährt mit ihren Arbeitskollegen in die Erholungsstätte der Putilowwerke nach Djetskoje Sjelo, sie erlebt den Fabrikbetrieb, sie schildert die Menschen, die um sie arbeiten, sie schildert den Wissensdurst der Sowjetarbeiter, die große Bibliothek, die Wanderbibliotheken der Werkstätten, sie nimmt an Versammlungen der Pioniere teil, besucht das Abortarium (wir haben diesen Abschnitt bereits vor einigen Tagen an dieser Stelle in der SAZ abgedruckt).

Wenn man nun ihre Tagebuchaufzeichnungen aufmerksam verfolgt, so kann man den Wandel ihres Denkens, ihres Empfindens deutlich herauslesen. Sie spricht selbst davon: „Heute brauch ich einen Mann, der etwas schafft, nicht nur Geld verdient, einen Baumeister der neuen Welt. Mit Ralph (dem obenerwähnten amerikanischen Ingenieur) streife ich endgültig meine alte Haut ab."

Alles in allem: wenn sie auch nur den Alltag schildert, so klingt doch durch alle Zeilen der Ausspruch der Anna Krajewa hindurch:

„Was denkst du dir? Nur um das Brot, nur um den Magen, meinst du, mühen wir uns ab? N—ei—n, mein Lieber! Ums Leben, um den richtigen Gang des Lebens."

Worte, die dem Roman „Die Fabrik im Walde" entstammen und dem Buch von Lilli Körber als Motto vorangesetzt sind.

Ein Buch, das man jedem Genossen und jeder Genossin in die Hand geben müßte.

K.—ny.

Nachstehend geben wir den Beginn des Buches von Lilli Körber wieder:

So sieht also eine Sowjetwerkstatt aus

Durch das gläserne Dach kommen ganze Bündel von Licht, die Kopftücher der Arbeiterinnen glühen wie Lampions. Festbeleuchtung? Jawohl! Blanke Maschinen geben die Spiegel ab und auch die Musik. Das ist ein Brausen um die Wette — so ein mächtiges Orchester hat nicht einmal der Zar gehabt. Die Tänzer — schlanke Stähle drehen sich mit Blitzesschnelle, stampfen sich ins Eisen hinein, daß Metallfunken nur so aufsprühen, schälen von den Blöcken und Hebeln mutwillig das braune Kleidchen herunter, ihre glitzernden Silberkörper bloßlegend . . .

Aufmerksam folgen die Traktorproleten diesem Spiele, eine Zigarette zwischen den Zähnen; hier, in der Traktormechanischen, wo es keine Explodierstoffe gibt, ist das Rauchen gestattet. Männer, die Mütze oder eine gestickte kaukasische Kappe auf dem Kopf, Frauen in grauen oder schwarzen Schürzen, die Sortierer gehen hin und her, prüfen die Metallstücke, notieren etwas. Schneller, Genossen, schneller! Dort hängt die rote Tafel, auf der einen Seite das Bild Lenins, auf der anderen Zahlen: Die bisherige Erfüllung des Planes. 32 000 Traktoren geben die Putilowzi in diesem Jahre den Kollektivwirtschaften. Und am Eingang die Aufschrift, weiß auf rot: „Traktorprolet! In deiner Hand liegt der Kampf gegen den Kulacken! Kämpfe zäh um jeden Bestandteil, um jeden Traktor!"

s—s—s—s antworten die Maschinen.

Gegen Mittag ist es, als ob der Rhythmus beschleunigt würde — so wie gute Pferde rascher laufen, wenn sie in der Nähe den Stall spüren. Aus der Montage kommt ein Mädel mit ihrem Wägelchen, holt sich die fertigen Stücke — der Wagen ist elektrisch, sie steht vorn und kutschiert mit einer Stange, sieht aus, als fahre sie Karussell. Nun ja eben, es ist ein Fest, und selbst an Konfetti fehlt es nicht — das springt in kleinen glänzenden Stücken von den Werkbänken herunter. Ein Fest, ein richtiges Fest der Arbeit.

Cholera-Tod um uns

Im Auto durch das chinesische Seuchengebiet — Leichen auf der Dorfstraße

Seit Wochen wütet in China die Cholera. Nicht nur das vom Hochwasser überschwemmte Gebiet der Mandschurei, sondern auch andere Provinzen, so die weitere Umgebung von Peiping, werden von der furchtbaren Seuche heimgesucht. Der Mitarbeiter der Zeitung „Berlin am Morgen", der Ingenieur H. R. Gola aus Peiping, hatte günstige Gelegenheit, im Auto das chinesische Seuchengebiet zu durchfahren. Seine Schilderungen werden hier teilweise wiedergegeben.

„Längst hatte ich gefürchtet, daß mir Außendienst blühen würde. Und richtig: ich erhielt einen Auftrag, der mich in die Nähe von Ji führte, eine Stadt mitten im Choleragebiet. Zum Glück brauchte ich nicht allein zu reisen, ein Kollege kam mit mir. Bei unserer Abfahrt erhielten wir jeder eine „Spritze", und bei dieser Gelegenheit erzählte man uns, daß man unsern Bekannten R. gestern eingeliefert hätte. Choleraverdacht. „Seid brav, Boys", meinte der Doktor, der uns impfte, „kein Obst, kein Wasser!" Auch unsere Diener ließen wir zur Vorsicht impfen.

Am nächsten Morgen, kaum daß die Sonne aufgehen will, waren wir auf der Landstraße. Die nächste Umgebung der Stadt Peking ist nicht schlecht. Der Wagen schnurrt auf der Asphaltstrecke in gleichmäßiger Schnelligkeit dahin. Ein heißer Tag wird es werden. Wortlos sitzen wir, dösen dahin. So wie leichtes Fieber ist es in uns. Es ist auch Fieber. Noch von der Injektion. Anfangs, als ich herüberkam, gab ich mehr nach, legte mich den folgenden Tag ins Bett. Heute bin ich nicht mehr empfindlich.

Der Wagen begann zu stoßen. Aha! Die normale Landstraße begann. Sie schüttelte uns und schleuderte uns von den Sitzen. In der Zwischenzeit war auch die Sonne höher gestiegen. Kaum halb sechs Uhr ist es, aber schon sind es 30 Grad. So geht es im Auto mit seinen glühenden Sitzen nach Ji.

Impfungen zu verkaufen

Die kleine Stadt schien nur aus Hitze zu bestehen. Die Mauern zitterten, die Straße zitterte, alles schien zu zittern und zu flimmern in dieser gräßlichen Sonne. Bei einem der Häuser, das eine Fahne mit einer Aufschrift trug, stand im Sonnenbrand eine Menge Leute. Wir fragten unsern Boy, was hier verkauft würde. „Impfungen gegen Erbrechen."

Das war neu! Ein findiger Chinese, der nebenbei auch sanitär dachte, verkaufte Impfungen gegen Cholera; denn der Chinese übersetzt das Wort mit Erbrechen — Kotsucht. Es war ein chinesischer Arzt, der sich Serum verschafft hatte und für einen mexikanischen Dollar (zirka 1.80 Mark) impfte. Der Preis scheint einem Weißen nicht hoch. Aber für die Leute hier ist das der Verdienst einiger Tage. Wer läßt sich da schon impfen?

Im Bahnhof, wo wir ein Telegramm aufgaben, sagte man uns, daß in der Missionsstation in Tscho bereits Baracken gebaut würden. Sie beherbergten schon über 300 Verdächtige. Wir wurden durch diese Mitteilung noch vorsichtiger. Also schnell hinaus aus dieser Stadt.

Im Cholerahaus zu Gast!

Ueber die elende heiße Straße bumpelte unser Wagen weiter nach Westen. Endlich, nach Stunden, sahen wir den Ort vor uns an der Berglehne. Nur waschen und in ein frisches Hemd. Bald hatten wir diesen Genuß und hockten träge und zerschlagen auf den Sesseln des Gasthauses. Unsere Diener bereiteten uns aus mitgenommenen Konserven ein Abendessen, da wir den Speisen des Wirtes nicht viel vertrauten. Die Cholera schreckte uns.

Ich weiß nicht mehr, was es war, aber ich mußte mich bei dem Wirt nach irgend etwas erkundigen. Ich trat in den nächsten Raum, um ihn zu suchen. Auf dem Kahn, dem chinesischen Bett, lagen zwei Kinder. Meinem Eintritt schenkten sie keine Beachtung. Dafür sah ich um so starrer auf sie hin. Fiebrig glänzende Augen, fast schwarze Lippen und ein fürchterlicher Geruch verrieten mir, was hier los sei.

Lieber im Freien übernachten

Ich warf die Tür zu, eilte zu meinem Gefährten und sagte ihm meine Vermutung. Wir waren in einem Cholerahaus. Rasch weg. Unsere Boys waren gar nicht so einverstanden damit. Die Konserven hatten sie bereits auf eine Schüssel des Wirtes geleert und konnten nicht begreifen, daß wir nichts essen wollten.

So schnell es die Beschaffenheit der Straße zuließ, fuhren wir bergauf und machten nach einigen Kilometern erst halt. Zusammengekauert, schwitzend und voll Angst verbrachten wir die Nacht im Wagen.

Leichen auf der Dorfstraße

Noch als es dunkel war, weckten wir die Diener und fuhren weiter. Nach kaum einer Viertelstunde kamen wir wieder in einen Ort. Hundegekläff empfing uns. Bei dem ersten Haus lag eine Frau auf dem Boden. Die Hitze der Nacht schien sie ins Freie getrieben zu haben. Im Licht der Scheinwerfer sahen wir aber, daß sie viel, viel tiefer schlief, als wir zuerst geglaubt hatten. Sie war tot. Das vertrocknete Gesicht, die dunklen, zerrissenen Lippen sagten nur zu deutlich die Ursache. Langsam, wie um sie nicht zu stören, fuhren wir weiter. Da, nach einigen Schritten, wieder eine Leiche. Ein Mann. Noch einer! In einem Hause brannte Licht. Die Tür ging auf und ein abgehärmtes Weib trat heraus, sah zu uns her und rief etwas, was wir nicht verstanden. Wir fragten die Boys, was sie wolle. Ob wir weiße Aerzte seien, hatte sie gefragt. Selbst wenn wir solche gewesen wären, hier schien nicht mehr viel zu helfen. Unwillkürlich fuhren wir rascher. Weg aus dieser fürchterlichen Umgebung.

Man legte hier die Gestorbenen einstweilen auf die Straße, um das Bett für den nächsten Sterbenden frei zu haben. Nur rasch weiter, um nicht ein Opfer zu werden. Aber wir hatten schon einen Todeskandidaten im Wagen sitzen, nur wußten wir es nicht.

Der Todeskandidat am Lenkrad

Ueber dem nächsten Berg mußte sich die Straße zur Mission senken. Nur noch 5 Kilometer trennten uns von ihr. Zurückgelehnt saßen wir und bildeten uns ein, die Luft würde schon frischer, freier. Ich schlummerte halb. Da schleuderte mich eine jähe Wendung des Autos von meinem Sitz. Was war geschehen? Harrys Boy hing über dem Steuerrad, das Auto sauste gegen die Böschung bäumte sich dort auf und fiel seitwärts. Mir war es unmöglich, mich zu rühren. Ich lag unter meinem Kameraden. Mit Mühe konnte er in der fürchterlichen Lage den Motor abstellen. Dann kroch er aus dem gestürzten Wagen und half auch mir. Außer einigen Schrammen durch Glassplitter hatten wir nichts abbekommen. Mein Boy zerrte seinen Gefährten vom Steuer weg. Den schien es arg erwischt zu haben: er bewegte sich kaum Als wir ihm das Blut vom Gesicht wischten, prallten wir zurück. Das war nicht die Hitze, die ihn die Gewalt über die Maschine hatte verlieren lassen. Seine aufgesprungenen Lippen zeigten eine andere Ursache. Der bewußtlose Chinese begann zu erbrechen. Die Cholera war mit uns gefahren! Uns hatte ein Sterbender schoffiert.

Im nächsten Dorf empfing uns ein französischer Pater, der uns erzählte, daß er hier schon 187 Kranke hätte. Der ganze Sprengel aber weit über 3000, bei einer Einwohnerzahl von 5400! Seit dem Hitzebeginn hätte er 600 Todesfälle gehabt.

Gedrückt verabschiedeten wir uns und fuhren weiter. In Peking gingen wir alle ins Hospital und meldeten uns. In der Station, die uns eine Woche beherbergte, lasen wir Zeitung und tranken unmenschlich viel reines Wasser. Die Zeitung sagte uns, daß auch hier bereits über 1100 Kranke seien und hiervon in der letzten Woche 112 gestorben sind."

Die Nazis und die Artistennot

70 Prozent aller Artisten blieben in der vorigen Saison erwerbslos. Wieviele es in den kommenden Monaten sein werden, ist heute noch nicht zu übersehen; aber schon jetzt läßt sich feststellen, daß die neuen Verträge durchweg um 50 Prozent niedrigere Honorarziffern aufweisen als früher. Fragt man Artisten, was sie von den Chancen für die nun beginnende Spielzeit halten, wird einem geantwortet: „Das werden Sie besser beurteilen können als wir. Für uns hängen alle Zukunftsaussichten von der politischen Entwicklung ab. Viel mehr noch als bei anderen Berufen ist für uns entscheidend, ob die Nazis ihre Forderungen durchdrücken oder nicht." Und dann sprechen sie auf weiteres Befragen davon, daß ihr Gewerbe ja ganz und gar internationalen Charakter trage, daß aber die nationalsozialistischen Bestrebungen die Freizügigkeit zu unterbinden drohen.

Grenzen werden geschlossen. Aufenthaltsbewilligungen werden gekürzt. Einreiseerlaubnisse nicht gewährt. Es ist schwer zu leben und schwer zu arbeiten. Aus lauter Verzweiflung kommen manche Artisten auf den Gedanken, sich Touristenpässe geben zu lassen und gehen dann ins Ausland; wenn sie dann im Lande sind und um eine Arbeitsbewilligung an Ort und Stelle bitten, wird sie regelmäßig versagt. Umsonst ist das Reisegeld hinausgeworfen, und viel Zeit ist verloren!

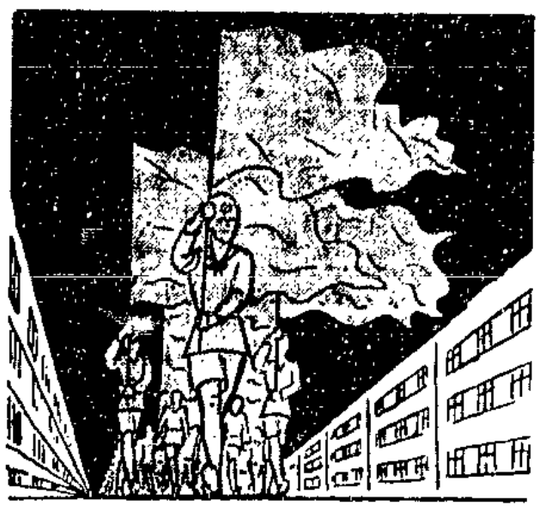
Was für eine gewaltige Rolle aber für das deutsche Artistentum das Ausland spielt, geht schon aus der Tatsache hervor, daß allein in Nordamerika zurzeit mehr deutsche Artisten ihr Brot verdienen, als es — alle Staaten zusammengerechnet — ausländische Künstler in Deutschland gibt. Aber auch zahlreiche europäische Staaten bieten deutschen Varieté- und Kabarett-Künstlern Erwerbsmöglichkeiten, das sind vor allem die skandinavischen Länder, aber auch England, Holland, Oesterreich und die Schweiz.

Die Sowjetunion öffnete vor einigen Jahren ihre Grenzen für ausländische Künstler, man kann heute vielen Artisten begegnen, die dort lange Engagementsverträge absolviert haben, sie sind begeisterte Befürworter jenes planmäßig organisierten Verteilungssystems der „Staats-Zirkusse" und Erholungsstätten, das den Artisten eine von finanziellen Sorgen unbelastete Entwicklungsmöglichkeit garantiert.

Eine solche Sicherung fehlt den Artisten und vor allem dem artistischen Nachwuchs in den kapitalistischen Ländern heute mehr denn je. Man weiß, es hat in den letzten Jahren vor allem in Berlin Direktoren gegeben, die Studioaufführungen für junge, werdende Künstler veranstalteten, heute hört man von solchen Experimenten nichts mehr, die wirtschaftliche Lage gestattet sie nicht, und der Nachwuchs kann sehen wo er bleibt. (Nur Schaeffers will diese Experimente wiederholen.) Man hat dem Nachwuchs auch sonst nicht gerade unter die Arme gegriffen, es ist niemand da, der den jungen Menschen die Mittel gibt, durchzuhalten, eine Nummer zu entwickeln und aufzubauen, bis sie bühnenfertig wird, und wie schnell wird ein Talent wieder fallen gelassen. In diesem Betrieb geht es nur um Tempo, um schnelles Geldmachen. Talente ohne Namen sind Schall und Rauch, und nur „sichere" Leute dürfen in der Spielzeit 1932/1933 auf Engagement rechnen. Warum sollte denn gerade dieser Zweig des Systems planmäßig arbeiten?

Und nun kommen noch die Nazis und wollen alle Ausländer hinauswerfen. So dumm ist aber kein Artist, daß er nicht wüßte, welche Folgen zu erwarten sind. Das würde bedeuten, daß man den deutschen Artisten auch jene Grenzen sperrt, die heute noch offen stehen, und selbst Staaten wie zum Beispiel die skandinavischen, die auf ausländische Künstler angewiesen sind, würden es vorziehen, ihren Bedarf in Ländern zu decken, die ihre Landsleute nicht hinauswerfen, und in denen sich kein wilder „Fremdstämmigen"-Terror austobt.

Eine katastrophale Inzucht des Gewerbes würde die Folge sein. Und es gibt heute tatsächlich schon einige Lokale, vor allem sind es solche, zu deren Kundschaft die „Grüne Front" gehört, die jüdische und ausländische Künstler boykottieren. Glücklicherweise hat jedoch die überwiegende Mehrzahl der Etablissementsleiter die Naziforderungen überhaupt nicht beachtet; denn auch hier weiß man Schreier von Künstlern zu unterscheiden.



Rote Kinderwelt

Hallo! Arbeiterkinder! Herhören!

In unserer letzten „Roten Kinderwelt" zeigten wir ganz kurz, welche Stellung die Nazis gegen die Arbeiter einnehmen. Was das Hackenkreuz bedeutet und wie die Nazi-Jugendlichen und die Kinder in besonderen Gruppen erfaßt und ausgebildet werden. Daß dies wirklich der Fall ist, habt ihr sicher selbst schon gesehen. In allen Orten laufen große und kleine Menschen in der braunen Nazikleidung herum und gebärden sich in ihrer Haltung und Redensart als die einzig bestimmenden und herrschenden. Die Arbeiter wehren sich dagegen, doch Polizei, Staatsanwalt und Gerichte stehen in den meisten Fällen auf Seiten der Nazis und die Arbeiter werden zu ungeheuer hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

Und wieder rechnen die Arbeiter auf die Hilfe ihrer kleinen Genossinnen und Genossen, auf euch Arbeiterkinder.

In der Schule und in der Oeffentlichkeit wird andauernd Propaganda für nationalistische Ziele getrieben. Die Verherrlichung des Militärs, die sogenannte gute alte Zeit vor dem Kriege, wo die Väter und Brüder zu den Soldaten mußten um ausgebildet zu werden für das Menschenmassenschlachten, wobei immer die Kriegsindustrie massenhaft verdient und vieles andere wird als gut und schön und nützlich gepriesen und verehrt.

Da wurde ein großer Film „Tannenberg" hergestellt. Schulen und die bürgerliche Oeffentlichkeit macht dafür Propaganda. In diesem Film wird der Krieg und das Menschenschlachten verherrlicht und als nützlich hingestellt.

Tannenberg liegt in Ostpreußen an den masurischen Seen. Diese sind weit ausgedehnte Sümpfe.

In einer solchen Schlacht in der Gegend sind Tausende von russischen Soldaten, die ebensolche Arbeiter sind wie eure Väter und Brüder, getötet und in diesen Sümpfen elend umgekommen. Diese Schlacht wird in dem Film verherrlicht.

Kein Arbeiterkind darf sich diesen Film ansehen, der so mit brutaler Art den Krieg verschönt und als notwendig hinstellt.

Auch die Schulen werden dafür Propaganda machen und sicherlich geschlossen zu den Veranstaltungen gehen. Seit ehrliche Arbeiterkinder! Sagt euren Altersgenossen und den Lehrern offen eure Meinung. Laßt uns von euren Taten wissen, gebt Mitteilung was und wie in der Schule darüber gesprochen wird. Werbt immer wieder für die Bewegung eurer Eltern, welche allen Menschen Freiheit, Frieden und Arbeit schaffen wollen. Seit junge Kämpfer für den Sozialismus!!

Freundschaft!

Vom Segen und Unsegen der Kartoffel

Die Kartoffel war früher ein etwas verachtetes Nahrungsmittel, indem man sie nur als billigen Füllstoff des Proletariermagens betrachtete. Heut gehört sie zwar auch, neben dem Brot, zur Hauptnahrung des armen Mannes, aber man weiß auch, daß sie keineswegs ein wertloses Füllprodukt ist, sondern wirkliche Nährwerte in den Körper hineinbringt.

Zwar reizt die Kartoffel, allein genossen, den Appetit wenig an, doch wissen wir alle, daß Mutter viele wirklich schmackhafte Gerichte aus und mit ihr herstellen kann. Die Kartoffel enthält in der Hauptsache nur Stärke oder Kohlehydrate und etwas Eiweiß. Stärke soll ja nach wissenschaftlicher Erkenntnis den Hauptbestandteil unserer Nahrung bilden. Dieser billige Stärkereichtum der Kartoffel ist aber leider der Menschheit auch zum Verhängnis geworden. So wie unser Körper die Kartoffelstärke in Zucker umwandeln kann, so kann der Mensch auch direkt daraus Zuckerbrei herstellen, dem dann Hefe zugesetzt wird, wodurch die Masse dann in Gärung gerät. Beim Gärungsprozeß wird der Zucker auch hier in Alkohol und Kohlensäure verwandelt und werden dadurch nicht nur Nährwerte zerstört, sondern auch ein gefährliches Gift erzeugt.

Durch Destillieren oder Brennen wird der Alkohol dann aus der Masse herausgezogen, indem er leichter siedet als Wasser, früher als dieses verdampft und im gekühlten Glasgefäß als Branntwein niederschlägt. Zwar ist es noch kein reiner Alkohol, sondern mit Wasser vermischt. Durch mehrmaliges Destillieren gewinnt man schließlich den reinen Spiritus. Das Gemisch aber, das noch zwei Drittel oder zur Hälfte aus Wasser besteht, ist jenes berüchtigte Feuerwasser, welches unsagbares Elend über die Menschheit gebracht hat und noch täglich bringt. Es rinnt wie Feuer durch die Kehle und verbrennt des Menschen Leib und Seele. Welche Wunderkräfte dichtet man diesem Gifttrank zu. Für alle möglichen körperlichen und seelischen Leiden soll er gut sein und dabei nichts, gar nichts Gutes kann er vollbringen. Erst macht er den Menschen zum Narren, dann zum Vieh und zuletzt zur Bestie. Allmählich lullt er das Denken und Fühlen ein und macht sein Opfer unfähig, sich selbst erkennen und beherrschen zu können. Seht euch jenen bedauernswerten Mann an, wie er im Fuselwahn Frau und Kind mißhandelt und sein bißchen Hab und Gut zertrümmert.

Ungeheure Mengen Kartoffeln werden auf den ostpreußischen Rittergütern alljährlich geerntet und in Gift verwandelt. Die adligen Herren können ein fürstliches Leben führen durch den Reichtum, der ihnen aus Krankheit und Not und Tränen erwächst, die der Junkerschnaps verursacht.

Arme polnische Wanderarbeiter bebauen meilenweite Kartoffeläcker für einen erbärmlichen Lohn. Und arme Arbeiter aus allen Gauen Deutschlands geben ihren kärglichen Lohn, ihre Gesundheit und ihre geistigen Kräfte für den Kartoffelfusel hin. Aber ein Heer von Kapitalsknechten preist dem Volke täglich den Branntwein, Likör, Schnaps und anderes. An allen Straßenecken lauern und locken die Gastwirtschaften auf arme und unwissende Menschen und nehmen ihnen für einen Schnapsrausch soviel Geld ab, als wie eine ganze Familie für eine Woche an Kartoffeln nötig hätte.

Auch hier sehen wir wieder, wie kapitalistische Gewinnsucht und Unwissenheit Segen in Unsegen verwandeln kann.

Märchen

Es waren einmal Menschen, die erzählten
ihren Kindern Märchen.
Märchen von guten Feen und bösen Hexen,
Von Kaisern und Königen und armen Leuten.
Aus den Kindern wurden Männer und Frauen,
die träumten noch immer von guten Feen,
die Glück bescheren.
Von bösen Hexen, die über versunkene
Schätze wachen.
Von Kaisern und Königen, die ihr Land
glücklich machen.
Von armen Leuten, die immer zufrieden waren.
Sie vergaßen sich ganz und gar.
Und lebten selbst als Märchengestalten ihr
Leben dahin.
Es kam eine Sintflut und die Menschen
kämpften um ihr Leben.
Die Märchenschleier zerrissen wie Pulverdampf
am Schlachtfeld im rauhen Morgenwind.
Kaiser und Könige wurden gestürzt.
Ihr Märchen war eine Lüge.
Die armen Leute waren unzufrieden,
sie strebten nach vor- und aufwärts!
Nur Narren glaubten noch an gute Feen und
böse Hexen.
Die Zeit ist gekommen, in der nur tatkräftige
Menschen glücklich sind!
Und auch wir wollen glücklich
werden — Ohne; Es war einmal!

Liebe Freunde

Wie ich merke, habt ihr unsere Rätsel gut gelöst. Nur das eine war etwas schwierig. Wieviel gibt 2×3 und ein Schutzmann? Die Lösung ist: 2×3=6 und ein Schutzmann gibt acht, zusammen 14. Wieviel ist 2×3 und zwei Schutzleute? 2×3=6 und zwei Schutzleute geben nicht acht, sondern die unterhalten sich. Zusammen nur 6. Sendet uns noch mehr solch lustige Sachen ein. Diese kommen dann wieder zusammen in einer besonderen Nummer. Wir können leider nicht mehr in die Zeitung bringen, da der Platz hierfür sehr gering ist. Aber wir erwarten von euch allen noch viel mehr Mitarbeit!

Rote Kinderwelt
Breslau, Kl. Holzstraße 3.

Sitzung der Landesleitung der SAP

Sonntag, den 28. August, tagten in Chemnitz die Vertreter der sächsischen Bezirke der Sozialistischen Arbeiterpartei. Eingehend wurde zur bevorstehenden Gemeindeverordnetenwahl und zur Schaffung einer sächsischen Wochenzeitung Stellung genommen.

Obwohl die Selbstverwaltung der Gemeinden durch die von der SPD tolerierten Notverordnungsdiktate des Dr Brüning völlig in die Binsen gegangen ist und Beschlüsse, die einem weisen Rat und einer hohen Obrigkeit mißfallen, einfach in den Papierkorb wandern, muß die Arbeiterschaft den kommenden Gemeindewahlen das größte Interesse entgegenbringen. In der Mehrzahl der Gemeinden handelt es sich um nicht mehr und nicht weniger als um die wichtige Frage: unter allen Umständen Mehrheiten für die Nationalsozialisten und deren Trabanten zu verhindern! Unter diesem Gedanken standen die Verhandlungen der Landesleitung der SAP, von diesem Gesichtspunkte sind die gefaßten Beschlüsse zu beurteilen.

Zur Frage der Gemeindeverordnetenwahl wurde folgendes beschlossen: Die Partei hat die Aufgabe, im Hinblick auf die Verschärfung der politischen Situation in Deutschland

für ein geschlossenes Auftreten der Arbeiterschaft bei diesen Wahlen

zu wirken. Die SAP wird sich also für die Aufstellung von Arbeiterlisten allerorts einsetzen. Wo durch das Verhalten der SPD und KPD die Aufstellung einer gemeinsamen Arbeiterliste verhindert wird, wird unsere Partei selbständige Listen aufstellen und der SPD und der KPD in diesen Fällen Listenverbindung anbieten. So nur eine dieser Parteien unser Anerbieten aufgreift, ist mit dieser, gleichgültig ob KPD oder SPD, Listenverbindung einzugehen.

Die politischen Gesichtspunkte dieser Wahl werden in einem besonderen Rundschreiben den Ortsgruppen zugänglich gemacht werden, in dem auch über die technischen Vorbereitungen alles Wissenswerte enthalten sein wird.

Die Frage der Schaffung einer sächsischen Wochenzeitung wurde in Chemnitz sehr gründlich behandelt. Es wurde eine Kommission eingesetzt, von der die technischen Unterlagen zu vervollständigen und mit der Reichszeitung sowie mit dem Parteivorstand entsprechende Verhandlungen geführt werden sollen.

Die Konferenz der sächsischen Bezirke zeigte ein einheitliches Gesicht und den Willen, die so überaus günstige Situation für die Ziele der Sozialistischen Arbeiterpartei auszuwerten.

Warum Geburtenrückgang?

Antwort an Dr. Hartnacke

Dresdens Stadtschulrat Dr. Hartnacke leitartikelt in der „Alten Tante" über den Absturz der Geburtenzahlen. Als Reaktionär, der er ist, jammert er ob dieser für den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus unerwünschten Tatsache, ohne jedoch auch nur mit einem einzigen Vorschlage dienen zu können, wie den Ursachen des Geburtenrückganges zu Leibe gerückt werden kann.

Hätte Sachsen im Jahre 1900 noch 158 000 Geburten aufzuweisen und sank die Zahl der Geburten 1931 auf 65 000, so werden nach Hartnacke es 1932 keine 50 000 mehr sein. Unter Berücksichtigung der umfassenden Eingemeindungen, mit der allein schon damit zusammenhängenden erheblichen Erhöhung der Bevölkerungsziffer, wird Groß-Dresden im Jahre 1932 weit weniger Geburten aufweisen, als in den Kohlrübenjahren 1917/18 und kaum die Hälfte gegenüber dem Jahre 1910.

In der Tat: der Geburtenrückgang ist eine sprechende Anklage gegen die von Dr. Hartnacke fanatisch verteidigte kapitalistische Wirtschaftsordnung.

Waren es 1914/18 die sogenannten Feindesmächte, die Deutschlands Fronten mürbe zu machen suchten durch wirtschaftliche Einschnürung, gleichgültig, ob hinter den Fronten Mutter und Kinder an Unterernährung krankten und Hungers starben, so sind es heute die Industrie- und Bankkapitäne, die im Verein mit den Krautjunkern als die einzig wahren Patentpatrioten das Volk bei vollen Scheuern hungern lassen und dadurch den Schoß unserer Frauen zur Unfruchtbarkeit verurteilen.

Wenn Dr. Hartnacke seines Amtes als Stadtschulrat offenen Auges und mit menschlich fühlendem Herzen walten würde, müßte er sehen, welch gräßliche Not auf der Jugend der Werktätigen lastet. Schaue er sich in den Industriezentren Sachsens die Jungen und Mädels des arbeitenden Volkes an, von denen gar viele auf ein eigenes Bett verzichten müssen, nur noch ein oder schon gar kein Hemd mehr besitzen; schaue er sich die vielen Kinder an, die ohne warmes Frühstück die Schule betreten oder zur Tischzeit daheim kein kräftiges Mittagsmahl erhalten. Und der Grund, Herr Hartnacke, der sollte vermerkt werden: weil unzählige Eltern — ob erwerbslos, ob zu Hungerlöhnen arbeitend — in unserem Hindenburg-Deutschland

bis an die äußerste Grenze durch Lohnabbau und Wucherzölle ausgeplündert

werden.

Kein Wort verliert Dresdens Stadtschulrat gegen die Notverordnungswillkür, die mit einem Federstrich Unterstützungssätze so gut wie halbiert, Gehälter und Löhne mit einem Federstrich um ein Drittel bis zur Hälfte zu kürzen versteht und so die Not der Alten und Jungen immer weiter wachsen läßt. „Weniger Jugend", so fabuliert Dr. Hartnacke, „verengt . . . das Berufsfeld": der Bedarf wird weniger, Wohnungsbau wird brach gelegt, 55 000 Lehrkräfte werden im Deutschen Reich überflüssig bei Fortdauer des jetzigen Geburtenstandes. Aber wieso denn, Herr Hartnacke? Millionen werktätiger Volksgenossen haben eine Unmasse Bedürfnisse zu decken, ohne sie decken zu können, obzwar zu dieser Deckung alles und jedes in Hülle und Fülle vorhanden ist.

Eine verrückte Ordnung das, Ihre Ordnung, Herr Hartnacke!

Wie ein Greis, der auf dem Dach sitzt und sich nicht zu helfen weiß, so stehen Spießbürger vom Schlage Hartnackes den Auswirkungen des niedergehenden Kapitalismus gegenüber. Das Bürgertum sieht keinen, für das Bürgertum gibt es keinen Ausweg! Nur das Proletariat ist in der Lage, durch seine Revolution die im Kapitalismus unlösbaren Probleme, so auch die Geburtenfrage, im Interesse der Menschheit zu lösen.

Aus Südwestsachsen

Plauen

Im kommunistischen „Echo" vom 27. August steht folgende Notiz:

„Die neue Adresse der UBL der KPD Plauen ist jetzt Albert Janke, M. d. R., Plauen i. V., Pfortenstraße 25.

UBL Plauen."

Bis jetzt war Werner Unterbezirksleiter. Da er „nicht verstanden hat, die konterrevolutionäre Rolle der SAP" genügend herauszustellen und sich verleiten ließ, mit uns „Einheitsfront von oben" zu machen (sie war auch danach) wurde ein leibhaftiges M. d. R. an seine Stelle gesetzt. Aber nur Ruhe: gegen Fehler, die in der Politik liegen, hilft kein Wechsel mit den Sekretären.

•

Die Aufwertung bei der Plauener Sparkasse ist jetzt endgültig auf 37 Prozent des errechneten Umrechnungsbetrages festgesetzt und genehmigt worden. Die Eintragung des Betrages und der Zinsen wird von der Sparkasse selbsttätig vorgenommen. Auch Auszahlungen können schon erfolgen, doch nur in dringenden Fällen und nur in der Zeit von morgens 7 bis 8.15 Uhr.

•

Am Sonnabend und Sonntag, 3. und 4. September, findet ein kommunistisches Jugendtreffen in Plauen statt. Trotz der entscheidenden politischen Gegensätze bitten wir unsere Genossen, die dazu in der Lage sein sollten, etwaigen Jugendtagsteilnehmern, die keine Unterkunft erhalten konnten, Quartier zu geben.

Reichenbach i. V.

Vor der Reichspräsidentenwahl war die Göltschtalbrücke eines Nachts mit der Inschrift „Wählt Thälmann" versehen worden. Die angeblichen Schuldigen an dieser aufsehenerregenden Reklame standen dieser Tage vor dem Schöffengericht Reichenbach. Es handelt sich um 12 Mitglieder der KPD und parteilose Arbeiter, die teils gemalt, teils Posten gestanden haben sollen. Die Angeklagten bestreiten sämtlich, etwas mit der Sache zu tun zu haben. Zwei Zeugen wissen nichts Belastendes vorzubringen, nur der dritte, der Gärtner und Nazijüngling Zeidler, will die Einzelheiten des Planes bei einer Besprechung der Täter belauscht haben. Allerdings ergibt die Aussage dieses „Zeugen" derartige Widersprüche, daß sogar der Vorsitzende ihn wiederholt darauf aufmerksam macht. Es steht ganz zweifelsfrei fest, daß der deutsche Jüngling, der nach Aussage seines Lehrers „sehr phantasiereich und flatterhaft" von Charakter ist, sich lediglich für die Belohnung von 500 Mark interessierte und sich deshalb einige „Täter" nach freier Wahl aussuchte.

Dem Staatsanwalt genügte dieser Musterzeuge natürlich und er stellte Strafanträge gegen fast alle Angeklagten. Dem Gericht hingegen wurde angesichts der Qualität des Zeugen doch unheimlich und es sprach auf Kosten der Staatskasse frei. — Für Zeidler wird die Sache noch nicht ganz erledigt sein.

Elsterberg i. V.

Nachdem die Polizei trotz tagelanger Haussuchungen und gründlichster Arbeit die vermuteten Waffenlager des Sozialistischen Schutzbundes nicht finden konnte, wurden die drei verhafteten Genossen — unter ihnen der Genosse Geiler — nach etwa eineinhalb Wochen Haft wieder freigelassen.

Wilkau

Auch in Wilkau wird nun mit dem Bau einer „Papenrandsiedlung" begonnen. 12 von den hunderten der Arbeitslosen verpflanzt man auf diese Rittergüter. Nachdem sie ihre Arbeitskraft verschuftet haben, dürfen sie monatlich noch 17 bis 20 Mark Miete zahlen — von einer Unterstützung, die kaum höher liegt als dieser Mietsatz. Die Gemeinde hat sich vorsichtigerweise der Verantwortung entzogen und das Projekt unter Mitwirkung der SPD einer privaten Wohnungsfürsorgegesellschaft übergeben.

Die SAP ist grundsätzlich Gegner dieser Experimente und die Fraktion der SAP hat auch in der Dunkelkammersitzung des Parlaments geschlossen gegen das ganze Projekt gestimmt. Unsere Genossen haben in allen Diskussionen stets auf diese ablehnende Haltung hinzuweisen.

SAP-Unterbezirk Zwickau-Crimmitschau. Konferenz der Gemeindevertreter und Ortsgruppenvorsitzenden.

Sonnabend, den 10. September, um 19.30 Uhr, findet eine gemeinsame Sitzung der obengenannten Vertreter statt. Bürgermeister Genosse Möckel-Gelenau referiert. Lokal wird noch bekanntgegeben.

Mülsen-St. Niclas

Der Genosse Dünger (SAP) wurde wegen Landfriedensbruchs zu 3 Monaten, und wegen Waffentragens zu einem Monat zehn Tagen Gefängnis verurteilt! Angeblich soll er einen Nationalsozialisten geschlagen und Waffen bei sich getragen haben.

Dieses unglaubliche Urteil erfolgte, obwohl Genosse Dünger durch Zeugen nachwies, daß er mit der Schlägerei nichts zu tun hatte! Auch Waffen konnten bei ihm nicht gefunden werden. Die Gendarmerie mußte den ergebnislosen Befund vor Gericht mitteilen und gab auch ihre Aussage zugunsten des Genossen Dünger ab.

Genosse Dünger hat gegen dieses unglaubliche Terrorurteil sofort Berufung eingelegt. Wir berichten über die Verhandlung.

Hungerstreik

Wie uns mitgeteilt wird, sind die politisch proletarischen Gefangenen im Festungsgefängnis Auerbach durch den verschärften Strafvollzug in den Hungerstreik getrieben worden. Die enge Verbundenheit zwischen den gefangenen Klassengenossen und der Auerbacher Arbeiterschaft stellte eine Demonstration am Montagabend unter Beweis.

Wäre die Rote Hilfe noch die überparteiliche kraft ausstrahlende Organisation, wie sie es 1927 im Kampfe um die fast voll erreichte Amnestie war, wie hätte die Reaktion wagen können, das Los der proletarischen Gefangenen durch die letzte Notverordnung zu verschlechtern? Weil die Rote Hilfe als Abklatsch der KPD versagt, mußte die Internationale Hilfsvereinigung geschaffen werden. Genossen, kämpft mit der IHV für die Befreiung aller hinter Kerkermauern schmachtenden Klassengenossen!

Otto Rötzscher gestorben

Genosse Otto Rötzscher, Lehrer in Chemnitz und früherer Landtagsabgeordneter der KPD, ist dieser Tage einem alten Kehlkopfleiden erlegen. Mit Böttcher, Siewert und Lieberosch schied er 1928 aus der KPD aus. Wohl unter den seelischen Wirkungen seiner unheilbaren Krankheit gab er den schweren Kampf um die Erneuerung der revolutionären Arbeiterbewegung auf und ging wenige Monate später in die SPD, für die er öffentlich aber nie hervortrat.

ORGANISATIONS-NACHRICHTEN

SJV und SAP Chemnitz: Die Gewerkschaften! — Ihre Bedeutung für den Klassenkampf — Reformismus und Radikalismus in den Gewerkschaften — Stellung der SPD, KPD und SAP zu den Gewerkschaften — über diese Fragen spricht Genosse Jakob Walcher, Berlin, in einem Wochenendkursus des SJV und der SAP am Sonnabend, den 3. Sept., 19 Uhr, und am Sonntag, den 4. Sept., früh 9 Uhr, in der „Arbeiterbörse", Hainstraße 7. Kursusbeitrag für Vollarbeiter 50 Pfg.; für Erwerbslose 20 Pfg.

SAP-Ortsgruppe Halle/S. — September-Programm: 1. 9., 20 Uhr, Volkspark: Gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft. 4. 9.: Beteiligung an der Dampferfahrt des Sexualverbandes nach Rothenburg. 8. 9., 20 Uhr, Volkspark: Mitgliederversammlung: „Die Kulturreaktion wütet". 17. 9., 20 Uhr, 18. 9., 9 Uhr vorm., Volkspark: Wochenendkursus — „Unsere Prinzipienerklärung". 23. 9.: Vorstandssitzung.

Freidenker Planitz: Mittwoch, 7. 9., wichtige Mitgliederversammlung. Gen. Römer, Zwickau, spricht. Erscheinen aller ist Pflicht.

Kamenz: Am 4. September veranstaltet der Sozialistische Schutzbund einen gemeinsamen Ausmarsch nach dem Waldschlößchen in Cunnersdorf. Stellen 13.45 Uhr am Konsum, Nordstr. Wir bitten alle SAP-Genossinnen und Genossen, sowie mit uns kämpfende Freunde, sich daran zu beteiligen.

Werbt Abonnenten!

Dresden

Kauft bei

Schuh-Oestreich

das billige Schuhhaus Dresdens

Verkaufsstellen:

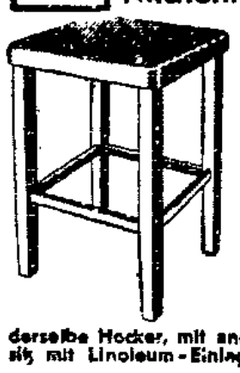
Jahnstraße 5, am Wettiner Bahnhof
Frauenstraße, Ecke Schössergasse
Königsbrückerstraße, am Albertplatz
Oschatzerstraße 13
Poststraße, neben Li-Mu

Jeder Genosse, jede Genossin!
Wirbt einen Abonnenten für unsere SAZ

Zwickau

KAUFHAUS SCHOCKEN ZWICKAU

Küchenhocker



wie Abbildung, trockenes Buchenholz, dauerhaft gearbeitet, gelb gewachst, mit angeschraubtem Holzsitz ca. 31x31 cm, Sitzhöhe ca. 48 cm **1.65**

derselbe Hocker, mit angeschraubtem Holzsitz mit Linoleum-Einlage **1.95**

Radebeul

Kurbad Nizza-Bad

alle Bäder der Neuzeit. Elektr. Licht- u. Warmbäder, Kamillendampfbäder, Kamillen-Inhalation, Sauerstoffbäder, Kohlensäurebäder, Fichtennadelbäder, Warmbäder 1. u. 2. Klasse; Massage und Fußpflege auch außer dem Hause.

Fernruf 72906

Heidenau

Heidenauer Hof, Inh. Ernst Taubert

Spezial-Ausschank — Bayr. Bier — Zeitzer Kreuzbrie
Vereinszimmer — Schattiger Garten
Jeden Sonnabend: Schlachtfest.
Verkauf ff. Wurstwaren auch über die Straße.

Sport-Walbert

Sportbekleidung u. Sportartikel für jeden Sport.

Kaufhaus

Maximilian Reiner

Kauft im Textilgeschäft der kleinen Preise

Anna Barthel

Bahnhofstraße 1a.

Klingenthal i. Vgtl.

Schusters Restaurant

5 Minuten vom Bahnhof

Pächter Otto Meinel

Schön gelegen. Herrliche Waldumgebung. — Gesunde Zimmer. Musikalische Unterhaltung. Gutgepflegte Biere. Preiswerte Küche.

Werbt für die SAZ